

NÖ GVV-Präsident Dworak: **Gemeinden nicht weiter beschneiden!**

Seite 5



ADVENT- UND CHRISTKINDLMÄRKTE haben jetzt Saison, in vielen Gemeinden laden nun Standln zum Kaufen und zum Punschtrinken ein. Hier ein Blick auf den schönen Markt in der Landeshauptstadt St. Pölten. Foto: Werner Jäger

Neue Bürgermeister

In Purkersdorf übernahm Stefan Steinbichler von Karl Schlögl, in Herzogenburg Christoph Artnner von Franz Zwicker das Bürgermeister-Amt – Seiten 6 & 14.

Angebot: Jugendstudie

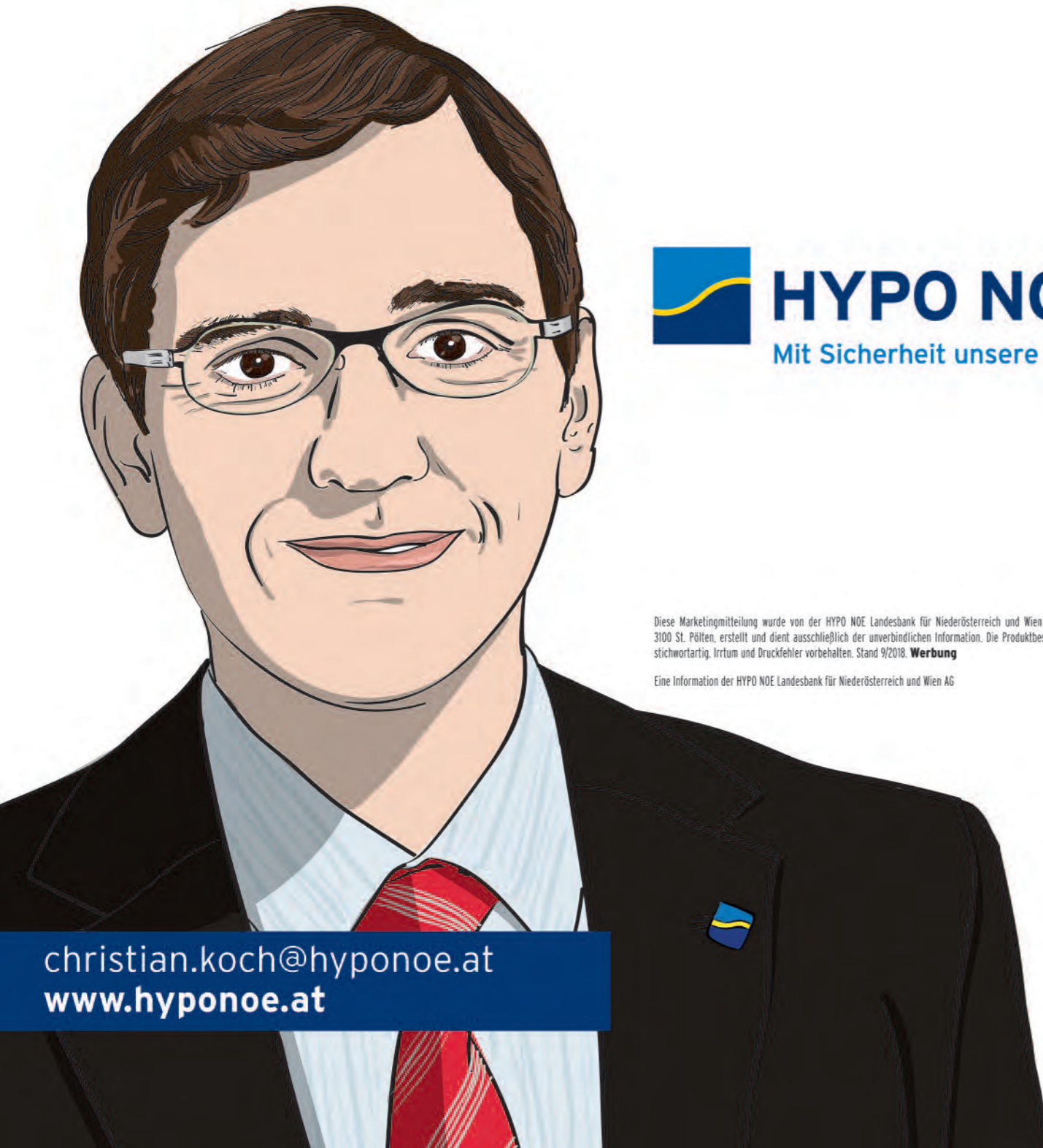
Ein tolles Angebot hat die SJ Niederösterreich im Rahmen der Jugend-KOPAK: Sie bietet Gemeinden die Durchführung einer Jugendstudie an – Seite 16.

Starkes Interview

Im großen KI-Interview spricht diesmal NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak u.a. über die kommenden Gemeinderatswahlen – ab Seite 18.

Dr. Christian Koch, Abteilungsleiter öffentliche Finanzierungen

BESTE FINANZIELLE LÖSUNGEN FÜR IHRE GEMEINDE: ICH BIN FÜR SIE DA.



Diese Marketingmitteilung wurde von der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG, Hypogasse 1, 3100 St. Pölten, erstellt und dient ausschließlich der unverbindlichen Information. Die Produktbeschreibung erfolgt stichwortartig. Irrtum und Druckfehler vorbehalten. Stand 9/2018. **Werbung**

Eine Information der HYPO NOE Landesbank für Niederösterreich und Wien AG

christian.koch@hyponoe.at
www.hyponoe.at

AUS DEM INHALT

- 4 Kinderbetreuung - Wir wollen mehr!**
Kinderbetreuung muss flächendeckend, ganztägig und kostenfrei angeboten werden.
- 6 Generationswechsel in Purkersdorf**
Auf SPÖ-Legende Karl Schlögl folgt nun Stefan Steinbichler als neuer Bürgermeister.
- 8 Starke Frau: Patricia Katsulis, 28**
Die Jungpolitikerin aus Korneuburg scheut vor radikalen Schritten samt Tabubruch nicht zurück.
- 12 Starke Minderheit: Aggsbach Markt**
Das Gasthaus von SPÖ-Chef Boris Schneider hat sich im Ort zu einem sozialen Zentrum entwickelt.
- 14 Bürgermeisterwechsel in Herzogenburg**
Gelungener Generationswechsel: Auf Franz Zwicker folgt Neo-Bürgermeister Christoph Artner.
- 16 Tolles Angebot an Gemeinden: Jugendstudie**
Finden Sie heraus, wie die Jugendlichen in Ihrer Gemeinde ticken. Die SJ NÖ hilft dabei.
- 18 Starkes Interview: Rupert Dworak**
Der NÖ GVV-Präsident spricht unter anderem über die Gemeinderatswahlen 2020.
- 24 Orts-Reportage: Schwarza am Steinfeld**
Die Zita-Hochzeit und das Frauengefängnis haben die Gemeinde in ganz Österreich bekannt gemacht.
- 32 Der Gemeinde-Rat**
NÖ GVV-Juristin Mag.^a Sabine Blecha und andere ExpertInnen informieren in Rechtsfragen.



Bürgermeister
Rupert Dworak,
Präsident des NÖ GVV

Werte Gemeindevertreterin! Werter Gemeindevertreter!

In der nächsten Zeit stehen wichtige Entscheidungen für die nö. Gemeinden an. Die Bundesregierung diskutiert, wie die Kommunalsteuer eingehoben werden soll. Dabei fordern wir nicht nur, dass die Kommunalsteuer eine gemeindeeigene Abgabe bleibt, sondern auch, dass sie weiterhin durch die Sozialversicherungsträger bewertet und eingehoben werden kann - und nicht vom Finanzministerium. Denn wir befürchten, dass der Bundesminister für Finanzen nicht jenes Animo an den Tag legt, das den Gemeinden die gerechte Kommunalsteuer zukommen zu lässt.

Ferner: Den ländlichen Raum abzusichern heißt für mich auch, dass wir die Bankomaten flächendeckend erhalten müssen - ohne Beiträge der Gemeinden - und auch die Personenkassen an den Bahnhöfen. Und es geht gar nicht, dass Klosterneuburg - so wie sich die ÖVP das vorstellt - durch die Übersiedlung des Umweltbundesamtes plötzlich vom Wiener Villenvorort zum ländlichen Raum undefiniert wird. So stellen wir uns die Stärkung des ländlichen Raums nicht vor. Deshalb meine ganz klare Botschaft: Sowohl die Bankomaten als auch die ÖBB-Personenkassen müssen für den ländlichen Raum unbedingt erhalten bleiben.

Eine erfreuliche Nachricht gibt es noch für unsere 17.000 Gemeindebediensteten in Niederösterreich: Wir verhandeln gerade sehr konstruktiv mit der Gewerkschaft Yunion über ein neues Gemeindedienstrecht, in der Hoffnung, dass dieses Ende 2019 dem Landtag zur Beschlussfassung vorliegt.

Zum Abschluss bedanke ich mich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit im auslaufenden Jahr, wünsche Euch allen für 2019 viel Glück, Gesundheit und Erfolg - und vor allem auch für die Gemeinderatswahlen 2020!

Herzlichst

Rupert Dworak

Kinderbetreuung – wir wollen mehr

Die SPÖ NÖ fordert flächendeckend ganztägige und kostenfreie Kinderbetreuungseinrichtungen: Oft entstehen berufstätigen Eltern durch erforderliche Nachmittagsbetreuung für ihre Kinder hohe Kosten. Wir wollen die Eltern endlich finanziell und organisatorisch entlasten. Sie müssen in Bezug auf die Kinderbetreuung die Wahlfreiheit haben.

„Die Betreuung von Kindern bis zum Schuleintritt ist eine der größten Herausforderungen für Familien. Die meisten Kindergärten haben pro Jahr bis zu acht Wochen geschlossen – dem stehen fünf bis sechs Urlaubswochen der Eltern gegenüber. Die Kinderbetreuung zu organisieren, erfordert also ausgeklügelte Logistik und hohe Bereitschaft von Familie und Freunden, hier zu unterstützen. Wenn das nicht möglich ist, muss für Kinderbetreuung oft tief ins Geldbörsel gegriffen werden“, weiß Landespartei-vorsitzender, LHStv. Franz Schnabl.

„Anstatt endlich Geld in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zu investieren, die sich an den Erfordernissen der Eltern orientieren und diese finanziell zu entlasten, werden die Angebote – wie in Oberösterreich – gekürzt und Millionen vorzugsweise in Polizeipferde und Selbstinszenierung verpulvert“, sagt Schnabl. Er sehe es als „Bringschuld“, die Bund und Länder hätten, dass Betreuungsplätze zur Verfügung stehen – auch am Nachmittag bzw. an den Tagesrändern. Wenn die ÖVP NÖ immer wieder davon spreche, die Anzahl der Plätze zu erhöhen, sei das zu wenig: „Die Mittel sind nicht erhöht worden, dafür wurden die Gemeinden in die Pflicht genommen und Angebot und Nachfrage klaffen nach wie vor weit auseinander.“ In NÖ haben nur 17,2 % der Kindergärten nach 17 Uhr geöffnet, erklärt Schnabl: „Das läuft auf weniger

Wahlfreiheit für die Eltern hinaus. Viele Frauen gehen ob der hohen Kosten für die Kinderbetreuung am Nachmittag lieber Teilzeit arbeiten. Das löst aber eine Lawine für den Rest ihres Lebens aus, weil sie weniger verdienen, damit weniger Pension bekommen und möglicherweise in die Altersarmut schlittern.“



Rupert Dworak, Ulrike Königsberger-Ludwig, Franz Schnabl (v.l.).

„Für die Gemeinden bedeutet es einen enormen Aufwand, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zu organisieren. Von der Errichtung eines Kindergartens bis hin zur Erhaltung sind bis zu 75 Prozent der Gesamtkosten von den einzelnen Gemeinden zu tragen“, erklärt Rupert Dworak, NÖ-GVV-Präsident und Bürgermeister in Ternitz, der mehr finanzielle Unterstützung und Kompetenzen des Landes für die Gemeinden erhalten möchte: „Nur dann kann auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Versorgung unserer Kinder gewährleistet werden.“

NÖ Kindergärten haben im Jahr 31,7 Schließstage, damit liegt unser Bundesland im unteren Mittelfeld. Knapp ein Viertel der NÖ Kinderbe-

treuungseinrichtungen bzw. ein Drittel der Kindergärten bieten gar keine Nachmittagsbetreuung an. LRin Ulrike Königsberger-Ludwig fordert durchgängige Öffnungszeiten – auch in Ferienzeiten – ganztägig kostenlose Betreuung und beste Bildung für die Kinder. „Wenn Eltern arbeiten, muss es die Möglichkeit einer für sie passenden Kinderbetreuung geben. Es braucht endlich echte Wahlmöglichkeiten: Mit einer kostenfreien Betreuung und ganztägigen Betreuungsplätzen, die dem Arbeitsleben entsprechen, stärken wir diese für alle.“

Franz Schnabl ist es als Vater und Großvater ein wichtiges Anliegen, qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen, die auf die Bedürfnisse der Eltern ausgerichtet sind, in den niederösterreichischen Gemeinden anbieten zu können. Denn mit der Einführung des Zwölf-Stunden-Arbeitstages sei es für arbeitende Eltern noch schwieriger geworden, die Kinderbetreuung zu organisieren, erklärt Schnabl: „Der Bedarf an Betreuung steigt, aber Schwarz und Blau kürzen die Mittel. In fast jeder Gemeinde gibt es unterschiedliche Öffnungszeiten. Es braucht eine einheitliche Lösung: Wir wollen, dass die Kindergärten werktags mindestens 9,5 Stunden geöffnet sind. Von den ArbeitnehmerInnen wird erwartet, flexibler zu sein, aber Schwarz-Blau bewegt sich nicht und erschwert den Eltern noch mehr die Organisation des Alltags.“

Foto: SPNÖ

Dworak: „Gemeinden dürfen nicht weiter beschnitten werden!“

Ob bei Kommunalsteuer, Bankomaten oder ÖBB-Personenkassen - den Gemeinden droht gleich von drei Seiten wieder Ungemach.

Künftig wird die Finanzverwaltung die Beitragsprüfung vornehmen, was bedeute, dass Unterentlohnung und Scheinselbständigkeit nicht mehr effektiv durch die Sozialversicherung geprüft werden können. Weniger Prüfungen und dadurch geringere Beiträge bedeuten finanzielle Einbußen. „Städte und Gemeinden sind davon massiv betroffen“, bestätigen NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak und der Vorsitzende des NÖ Städtebundes Bgm. Matthias Stadler unisono: „Die Kommunalsteuer ist jene Einnahmequelle für die Städte und Gemeinden, die es diesen erlaubt, ein Mehr an Lebensqualität zu schaffen.“

Das System lebe davon, dass eine effektive Prüfung der lohnabhängigen Abgaben stattfindet und dadurch sowohl die ArbeitnehmerInnen die Garantie haben, korrekt eingestuft zu sein und das zu verdienen, was ihnen auch zusteht. Und andererseits müssten die Betriebe auch die korrekten Abgaben abliefern, damit die Krankenkassen für ein optimal ausgebautes Gesundheitssystem sorgen und die Kommunen ebenso ihre Leistungen für die NiederösterreicherInnen möglichst hoch halten können.

Weiteres Ungemach droht den GemeindebürgerInnen, wenn sie in Zukunft keinen wohnortnahen, kostenlosen Zugang zu ihrem Ersparnissen mehr haben. Seit dem VfGH-Er-

kenntnis vom 9. Oktober 2018 mehrte sich die Zahl an Menschen, die an LPV LHStv. Franz Schnabl herantreten und ihrer Besorgnis Ausdruck verleihen, dass ihnen weitere Gebühren aufgebürdet werden könnten. Dworak: „Aus Sicht der BürgerInnen und der Gemeinden – insbesondere kleinerer – ist es ein massiver Einschnitt, wenn neben Post und Nahversorger auch noch die letzte Bank schließt und dabei nicht einmal einen Geldautomaten zurücklässt. Daher unterstützt der NÖ GVV und die SPÖ NÖ die Petition ‚Gegen Bankomatgebühren – unentgeltlicher Zugang zum eigenen Bargeld in Österreich‘.“

Außerdem wehren sich NÖ GVV und der PVNÖ gegen die geplante Schließung von weiteren ÖBB-Personenkassen. Dworak: „Damit geht der Servicecharakter am Bahnhof völlig verloren. Und das ist ein weiterer Anschlag auf die Infrastruktur von Gemeinden. Die MitarbeiterInnen an den Schaltern dienen als erste Ansprechpartner und damit der optimalen Kundenberatung.“

Hier dürfe das Land NÖ nicht zusehen, sondern müsse optimal mit den Bahn-Verantwortlichen verhandeln und notfalls auch aus dem Verkehrsbudget etwas beisteuern, appellieren NÖ GVV und PVNÖ in einem Brief an Landesrat Schleritzko „voll für den Erhalt der Personenkassen zu kämpfen“.



StR Mag. Ewald Buschenreiter, Direktor des NÖ GVV

Werte Gemeindevertreterin!
Werter Gemeindevertreter!

Das Jahr 2018 geht mit Riesenschritten seinem Ende entgegen. 2019 lässt grüßen – das Jahr vor der allgegenwärtigen Gemeinderatswahl 2020.

Wir haben viel vor im Jahr 2019, die Herausforderungen denen wir uns stellen, sind nicht gering. Und wir haben schon einiges für Euch vorbereitet und noch mehr vor. Bereits im April veranstalten wir unsere große NÖ GVV-Messe, zu der ich Euch schon jetzt einladen darf. Dort wird – wie alle fünf Jahre – „alles Wichtige und Nützliche rund um die Gemeinderatswahl“ präsentiert. Begleitend dazu werden wir im Frühjahr auch ein besonderes Augenmerk auch auf Wahlkampf-Planung, Coaching und Beratung legen.

Bereits im September starten wir mit einem großen Auftaktevent unter dem Motto „Motivation“ in die Herbstarbeit zur Vorbereitung der Wahlen. Es wird ein arbeitsreiches und sehr intensives Arbeitsjahr, das wir jetzt schon durchgeplant haben. Und vor uns liegt die große Herausforderung, die Sozialdemokratie weiter und fester in ihrer Basis, den Gemeinden, zu verankern und festigen.

Gehen wir das Projekt gemeinsam mit Mut, Entschlossenheit und Siegeswillen an, im Sinne und im Dienste unserer Gemeinden und Bürger.

Herzlichst
Ewald Buschenreiter

Generationswechsel gelungen

Purkersdorf: Steinbichler (43) übernahm von SP-Legende Karl Schlögl (63)

Am 6. November wurde Stefan Steinbichler vom Purkersdorfer Gemeinderat mit großer Mehrheit zum neuen Bürgermeister gewählt. Steinbichler ist Hochbautechniker und leitet die technische Abteilung des Familienbetriebes Koos & Co GmbH. Er ist verheiratet und Vater zweier Söhne (9 & 7).

Im Gemeinderat sitzt der neue Stadtchef erst seit 2015, damals war er ein echter Polit-Rookie und Quereinsteiger. Warum er sich für die Liste von Karl Schlögl engagiert hat? Steinbichler: „Mir gefiel die Leidenschaft, die Bürgernähe und das scheinbar unermüdliche Engagement von Karl, mit dem er stetig bemüht war, unsere Stadt zu verbessern. Ich wollte ihn dabei mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Handschlagqualität und Ehrlichkeit sind mir beruflich wie auch privat ausnehmend wichtig. Karl Schlögl hat genau diese Eigenschaften und konnte mich daher für seine Liste gewinnen.“ Und Steinbichler weiter: „Da ich kein Berufspolitiker bin, ist mein oberstes Credo: Gemeinsam die besten Entscheidungen für Purkersdorf!“

Zum neuen Vizebürgermeister neben Steinbichler avancierte Viktor Weinzinger, der seinen bisherigen Kompetenzen als Stadtrat für Bauwesen und Stadtplanung treu bleiben wird.

Mit dem Abgang von Karl Schlögl hat Niederösterreich eine Polit-Legende verloren: Insgesamt 27 Jahre Bürgermeister, zwei Jahre Staatssekretär, drei Jahre Innenminister und ein Jahr in der NÖ Landespolitik stehen in seinem Lebenslauf zu Buche. Der Sozialdemokrat, der sich so beispiellos in



Gelungene Übergabe: Bgm. Stefan Steinbichler (l.) und Alt-Bgm. Karl Schlögl.

einer bürgerlich geprägten Stadt etablieren konnte, hinterließ in Purkersdorf große Spuren.

Hier nur eine kleine Auswahl seiner lokalpolitischen Errungenschaften:

- + Neugestaltung Stadtzentrum
- + Errichtung des Gymnasiums
- + Ärztezentrum und mehr als 70 Ärzte
- + Notarztsystem
- + zwei Pflegeheime
- + Revitalisierung Sanatorium Hofmannpark
- + fünf neue Kindergärten
- + Bildungszentrum und Schülerhort
- + kostengünstige Wohnungen
- + Renovierung aller 200 Gemeindegewohnungen
- + Erhalt des Bezirksgerichts und der BH-Außenstelle
- + Ansiedlung wichtiger Betriebe wie die Österr. Bundesforste
- + Aufbau einer modernen Infrastruktur.

Alt-Bgm. Mag. Karl Schlögl: „Ich werde auch in Zukunft meinem Nachfolger gerne zu Verfügung

stehen. Er wird mit seiner Jugend, seiner Intelligenz, seiner Einsatzbereitschaft und mit seinem Wissen die Geschicke unserer Stadt sehr positiv lenken. Davon bin ich überzeugt!“

Und NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak zum Wechsel in Purkersdorf: „Karl Schlögl war sowohl in der Bundes- als auch in der Landespolitik eine echte Größe. Schon allein dafür gebührt im Dank und Anerkennung. Aber dass er auch fast 30 Jahre als Bürgermeister segensreich für die PurkersdorferInnen wirkte, ist noch ein ganz anders Paar Schuhe – mit denen er riesige Abdrücke hinterlässt. Im Namen aller GemeindevertreterInnen möchte ich dem Karl auch dafür ein aufrichtiges Danke sagen und wünsche ihm für den wohlverdienten Ruhestand vor allem Glück und Gesundheit. Auch seinem Nachfolger im Bürgermeisteramt, Stefan Steinbichler, wünsche ich für diese große, neue Herausforderung nur das Allerbeste!“

Foto: Stadtgemeinde Purkersdorf

Wir sind dabei!

TIPP:
jetzt bei den
EVN Ladestationen
aufladen



BITTE WENDEN!

Jetzt ohne Umwege zu E-Mobilität!

Spätestens jetzt sollten Sie über einen Wechsel zu E-Mobilität nachdenken. Denn die EVN stattet ganz Niederösterreich mit Ladestationen aus.

EVN

Mehr auf [evn.at/emobil](https://www.evn.at/emobil)



Patricia Katsulis, 28

Radikaler Schritt samt Tabubruch

Nach dem Krebstod des Vaters, der Brustkrebserkrankung der Mutter und der eigenen Einstufung als Hochrisikopatientin entschloss sich Patricia Katsulis zu einem radikalen Schritt: Sie ließ sich beide Brüste entfernen und mit Hilfe plastischer Chirurgie neu aufbauen. Heute geht die junge Korneuburgerin mit diesem Tabuthema ungewohnt offen um, sprüht auch nach diesem Drama von Lebensfreude und startete eine bemerkenswerte politische Karriere. Seit 2015 engagiert sie sich im Gemeinderat und mittlerweile avancierte Katsulis zur JG-Bundesfrauensprecherin und ist Mitglied im Bundesparteivorstand.

Patricia Katsulis erblickte das Licht der Welt am 15. August 1990. Vater Manfred (starb im Oktober 2013 mit nur 52 Jahren) war Werkmeister bei der Stadt Wien, Mutter Maria (heute 52) ist Hausfrau und Mutter von drei Kindern. Patricia war die Erstgeborene, zwei Jahre später folgte Schwester Jennifer, die heute in einem Büro arbeitet. Bruder Kai, er macht gerade seine Ausbildung zum Maler und Anstreicher, ist der Nachzügler in dem Geschwistertrio - er kam 1999 zur Welt, stammt aus 3. Ehe der Mutter und hat einen anderen Vater als die zwei Mädels. Bei der Scheidung ihrer Eltern war Patricia gerade mal sechs Jahre alt.

Das Elternhaus war gar nicht sozialdemokratisch geprägt, eine Tante (Schwester vom Papa) war sogar ÖVP-Gemeinderätin in Korneuburg. Patricia: „Wählen gehen war für den Papa schon wichtig. Und ich hab mich auch schon auf das erste Mal richtig gefreut.“

So erfolgte ihr Start in die Politik auch schon sehr früh: Im zarten Alter von 11 Jahren wurde Patricia Mitglied im Korneuburger Kinder- und Jugendgemeinderat,

der sich aus 10- bis 14-jährigen SchülerInnen aus allen Korneuburger Schulen zusammengesetzt hat. „Das hat mir extrem gut gefallen. Wir haben da einiges bewegt und umgesetzt. Wir konnten den Bahnhofspark mitgestalten, haben Veranstaltungen organisiert, zum Beispiel eine Friday night am Eislaufplatz. Und unsere ganze Arbeit war überfraktionell.“

Patricia wurde Klassensprecherin, Schulsprecherin, früh in der Gewerkschaftsjugend (2006) und seit 2010 in der JG Korneuburg aktiv. In diesem Jahr absolvierte sie auch die nö. Frauenakademie. „Mir war immer wichtig mitzureden und nicht nur andere über mich

„Mir war immer wichtig mitzureden, nicht andere über mich bestimmen zu lassen“

bestimmen zu lassen!“ Und weiter: „Die Entscheidung für die SPÖ fiel bei mir über die Werte. Mit 18 merkte ich relativ bald, dass ich nicht konservativ bin oder gar FPÖ-nahe, sondern wo ich wirklich dazugehöre. Die Sozialdemokratie war ganz meins.“

Beruflich war die junge Korneuburgerin bei der Gemeinde Wien gelandet. Nach Volksschule, Sporthauptschule, ein Jahr HBLA machte sie im Magistrat eine Lehre als Bürokauffrau - heute arbeitet sie in der Pressestelle des Büros von Stadtrat Peter Hanke. 2011 hatte sie noch die Abendschule für Matura begonnen, diese aber nach dem Tod des Vaters 2013 wieder abgebrochen.

„Der Tod meines Vaters und die Erkrankung meiner Mutter innerhalb von zwölf Monaten war schon sehr heftig. Eigentlich alles viel zu viel für einen jungen Menschen. Meine Schwester und ich mussten meinen Vater pflegen und als er starb, verfiel ich in eine tiefe Depression.“

Die Mutter war gerade solo als sie erkrankte. „Ich hatte natürlich riesige Angst, dass jetzt auch meine Mutter stirbt. Dazu kam noch die Sorge, dass ich mich als Älteste dann auch um meine Geschwister kümmern muss. Alles schien auf meine Schultern zu kommen. Das konnte ich meiner Mutter aber nie wirklich sagen.“

Im Mai 2015 war klar, dass die Erkrankung der Mutter von ihrer griechischen Abstammung her genetisch bedingt war. Da haben sich dann Patricia und ihre Schwester Jennifer ebenfalls testen lassen. Im August, nur fünf Tage, nach der Mastektomie bei der Mutter, lagen die Ergebnisse für die Töchter vor. Die besagten, dass Jennifer nicht gefährdet sei. Die gefürchtete Mutation im Reparatur-Gen wurde hier nicht vererbt. Patricia selber wurde als Hochrisikopatientin eingestuft und es wurde auch schon eine kleinste mutationstypische Veränderung festgestellt.

„Ich war eigentlich erleichtert, dass es mich trifft und nicht meine Schwester. Ich habe immer gesagt: Ich würde es tausendmal nehmen dafür, dass es meine Schwester nicht bekommt. Meine Schwester und meine Mama haben dann voll geweint und ich habe sie getröstet. So war das bei uns. Wir haben halt einen irrsinnigen Familienzusammenhalt.“

Im November 2016 erfolgte schließlich eine dreistündige Operation im Wiener AKH, bei der Patricia beide Brüste entfernt und unmittelbar danach unter der eigenen Haut wieder künstlich aufgebaut wurden. Die Kosten dafür trug die Krankenkasse.

„Die Entscheidung zur Mastektomie, war schon vor dem Vorliegen der Ergebnisse in einem Schwesternpakt beschlossen worden. Denn wir hatten ja die Sache mit Papa und Mama erlebt und wir wollten so etwas oder Ähnliches niemanden in der Familie mehr antun. Und ich wollte auch nicht in Ungewissheit leben. Mit diesem radikalen Schritt fühlten wir uns auf der sichereren Seite.“

Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde die Mastektomie wenige Jahre zuvor durch den Hollywood-Star Angelina Jolie. Und die hat sich kürzlich auch die Eierstöcke entfernen lassen, weil die in so einem Fall ebenfalls besonders gefährdet sind. „Ich habe sie damals für diesen mu-

Vor der Mastektomie Freunde zur „By By Boobies-Party“ geladen

tigen Schritt bewundert. Und wenn ich 40 bin, werde ich mir die Eierstöcke ebenfalls entfernen lassen.“ Gibt es einen Kinderwunsch? „Eigentlich wollte ich immer Kinder haben, bin mir aber mittlerweile wegen meiner erblichen Belastung gar nicht mehr sicher.“

Nach der OP war Katsulis vier Monate im Krankenstand und hatte irrsinnige Schmerzen. „Auch habe ich mich lange Zeit überhaupt nicht im Spiegel anschauen können.“ Obwohl die unmittelbaren OP-Folgen alles andere als ohne waren, sowohl psychisch als auch physisch, hat Katsulis ihre Entscheidung für die Mastektomie nie in Frage gestellt. „Es war der richtige Zeitpunkt und ich bereue gar nix.“

Sie geht extrem offen mit dem Thema um, auch in klassischen und sozialen Medien. „Auf Instagram haben mich schon viele Mädels angeschrieben, die nicht wissen, wie sie sich diesbezüglich sonst vernetzen können. Mit denen tausche ich mich dann aus und wir geben uns gegenseitig



Patricia Katsulis, ganz oben im Europaparlament und oben bei einer Pressekonferenz mit Franz Schnabl und Melanie Zvonik.

Fotos: Herbert Käfer

Tipps. Es ist mir unheimlich wichtig dieses Tabu-Thema aufzugreifen.“

So ernst das Thema ist, im Umgang damit hat Patricia Katsulis auch viel Humor bewiesen: Drei Wochen vor der Operation nahm sie einen Gipsabdruck von ihren Brüsten, machte ein „Boobies-Foto-Shooting“ und lud enge Freunde und Familie zu einer „By By Boobies-Party“. „Jeder geht wohl anders mit so einer Situation um, aber für mich war das urwichtig und ich denke es hat auch meinem Umfeld dabei



Das Glatzenfoto: Ein Solidaritätsakt der Kinder zum Muttertag 2015, als die Mama durch die Chemo ihrer Haare verloren hat.

geholfen, mit der ganzen Sache zurecht zu kommen. Ich fand es auch gut, mit den Menschen so offen darüber zu reden, als wenn diese Gespräche nur hinter meinem Rücken stattgefunden hätten.“ Sie nennt ih-

re Brüste jetzt auch nicht mehr „Boobies“ sondern „Foobies“, also „Fake-Boobies“. Nachsatz: „Sie sind wunderschön, das sagt auch jeder, aber sie sind halt nicht mehr meine.“

Doch mit der Zeit werde ich auch das noch akzeptieren.“

Seit Juli 2015 sitzt Patricia Katsulis für die SPÖ im Korneuburger Gemeinderat und kandidiert aktuell auf der NÖ-Liste für die EU-Wahl. Ferner ist sie mittlerweile JG-Bundesfrauensprecherin, Frauensprecherin der

JG NÖ, Vorsitzende der JG Bezirk Korneuburg, Bezirksfrauenvorsitzende-Stellvertreterin, Mitglied im Bundesfrauenvorstand, im Landespartei Vorstand und Bundespartei Vorstand.

Gewaltschutz geht uns alle an

Gewalt an Frauen ist steigend und passiert größtenteils in der Familie. Bereits heuer wurden 32 Frauen in ganz Österreich ermordet, die meisten dieser Morde sind Beziehungstaten. 1.312 Betretungsverbote wurden allein in Niederösterreich 2017 verhängt.

Für viele Frauen ist somit das eigene Heim der gefährlichste Ort der Welt. Das ist weltweit so, auch in Österreich. Häusliche Gewalt ist die häufigste Ursache von Verletzungen bei Frauen: Häufiger als Verkehrsunfälle und Krebs zusammengekommen. Das Risiko, durch einen Beziehungspartner Gewalt zu erfahren, ist für Frauen weitaus höher als von einem Fremden tät-

lich angegriffen zu werden. Bildung, Einkommen, Alter und Religionszugehörigkeit sind dabei völlig bedeutungslos.

Sich aus einer gewalttätigen Beziehung zu befreien - dafür braucht es Mut, Unterstützung und Beratung. Unter der Helpline 0800/222 555 und dem NÖ Frauentelefon unter 0800/800 810 wird anonyme Hilfe und kostenlose Beratung angeboten.

Verstärkt an den Internationalen Tagen gegen Gewalt an Frauen vom 25. November bis 10. Dezember machten die SPÖ-Frauen in ganz Österreich auf diese Hilfeeinrichtungen aufmerksam. Darüber hinaus gilt es, das Bewusstsein zu

schärfen gegen jedwede Diskriminierung, Unterdrückung, Zurücksetzung und Benachteiligung. Denn alle Formen von Gewalt, Vergewaltigungen, Missbrauch und Stalking sind handgreifliche Auswirkungen einer Grundhaltung von Verachtung und Respektlosigkeit gegenüber Frauen.



von Anni Mitterlehner, Landesfrauengeschäftsführerin der SPÖ Niederösterreich.

Fotos: z.V.g.: Karin & Joe Winter

SICHERHEIT IM TÄGLICHEN ARBEITEN!

MIT DEN GEMDAT SECURITY SERVICES BIETET DIE GEMDAT NÖ DIENSTLEISTUNGEN, UM IHRE KUNDEN VOR CYBERKRIMINALITÄT UND DATENVERLUST ZU SCHÜTZEN. WAS KANN JEDOCH JEDER EINZELNE VON UNS IN SEINEM PERSÖNLICHEN ARBEITSUMFELD FÜR MEHR SICHERHEIT TUN?

Menschliche Unwissenheit gehört zu den häufigsten Ursachen für IT-Security-Probleme. Datensicherheit ist daher nicht nur eine Aufgabe der IT-Abteilung, sondern bedarf der Mitarbeit jedes einzelnen Anwenders.



DER RICHTIGE UMGANG MIT PASSWÖRTERN

Man kann es nicht oft genug wiederholen: Ein zu einfaches Passwort öffnet Hackern Tür und Tor. Die Länge und Zusammensetzung eines Passwortes hat unmittelbare Auswirkungen darauf, wie lange ein Computerprogramm benötigt, um es zu knacken. Für ein achtstelliges Passwort aus Kleinbuchstaben wären es nur einige Sekunden, für ein zwölfstelliges Passwort aus Groß-, Kleinbuchstaben, Sonderzeichen und Ziffern wären es hingegen bereits Wochen oder Monate, probieren Sie es mit Testpass-

wörtern (!) einfach mal aus: www.howsecureismypassword.net. Deshalb empfiehlt die gemdat NÖ hier zwei Ansätze für komplexe Passwörter mit zumindest zwölf Stellen, die man sich trotzdem gut merken kann, oder die Nutzung eines Passwort Managers.

Information:

gemdat NÖ
Gemeinde-Datenservice GmbH.
Girakstraße 7, 2100 Korneuburg
Tel: 02262/690-0; Fax DW 81
gemdat@gemdatnoe.at
www.gemdatnoe.at

WERBUNG, Foto: VIACHESLAV IAKOBCHUK, FOTOLIA.COM

gemdat NÖ
Gemeindedaten-Service GmbH, 2100 Korneuburg, Girakstraße 7
Tel: 02262/690-0, Fax: DW 81; E-Mail: gemdat@gemdatnoe.at

Wir wünschen unseren Kunden und Partnern ein frohes Weihnachtsfest sowie viel Glück und Erfolg im neuen Jahr!

www.gemdatnoe.at



Dr. Mag. Boris Schneider ist Ortspartei- und Fraktionschef, sowie Spitzenkandidat für die GRW. Sein Gasthaus „Zur Venus“ gilt in Willendorf als soziales Zentrum.

Aggsbach Markt, Bezirk Krems

Ein Gasthaus als soziales Zentrum

Privatleben und Politik sind bei Boris Schneider, Chef der Sozialdemokraten in Aggsbach Markt (9 Mandate ÖVP, 6 SPÖ), fast untrennbar verbunden. Hat sich doch sein Gasthaus „Zur Venus“ (von Willendorf) zur wichtigen Begegnungsstätte von Jung und Alt entwickelt. Schneider: „So spielt sich der Großteil unserer Öffentlichkeitsarbeit bei mir im Wirtshaus ab. Das ist mittlerweile ein echtes soziales Zentrum geworden.“

2015 wurde ein Mandat dazugewonnen - worauf führen Sie diesen Erfolg zurück? Schneider: „Wir haben nicht nur ein Mandat dazu gewonnen, sondern auch ein weiteres Mandat nur um wenige Stimmen verpasst. Ein wichtiger Faktor war sicherlich, dass ich damals erstmals den Fraktionsvorsitz und auch den Spitzenkandidaten übernommen habe. Das hat für eine riesige Überraschung gesorgt. Bei der ÖVP überhaupt – und dort fast ängstlicher Natur. Und wir haben dann auch einen sehr guten Wahlkampf geführt. Der war darauf aufgebaut, dass wir das Positive herausgestrichen haben, dass wir uns als Partner dargestellt haben und nicht als einer, der die anderen anpatzt – so wie das leider in der Vergangenheit immer wieder üblich war. Mit Anpatzen kannst du in der Politik nix gewinnen, nur mit persönlichem Engagement kannst du die Leute überzeugen. Und das ist halt leider das, was mir heutzutage insbesondere auf Bundesebene fehlt.“

Auf jeden Fall war die Gemeinderatswahl 2015 für uns ein großer Erfolg, denn bevor ich damals die Fraktion übernommen habe, herrschte bei uns eher die Parole vor: Wir müssen unsere Mandate halten. - Bis ich dann meinte: Was heißt halten? Wir müssen dazugewinnen! – Und das ist uns dann Gott sei Dank gelungen.“

Wie ist jetzt die politische Situation, Atmosphäre im Gemeinderat? Gibt es mit der ÖVP eine Zusammenarbeit oder gar ein Koalitionsabkommen? Schneider: „Wahrscheinlich sind wir eine Vorzeigegemeinde dafür, wie man über die Parteigrenzen hinweg konstruktiv zusammenarbeitet. Wir haben zwar kein Koalitionsabkommen, aber ich bin stolz darauf, dass wir in den vergangenen Jahren - bis auf ein einziges Mal, wo wir uns der Stimme enthalten haben - die Gemeinderatsbeschlüsse immer einstimmig gefällt haben. Und da waren doch einige große Projekte, wie der Hochwasserschutz, dabei. Die Zusammenarbeit mit der ÖVP

funktioniert also.“

Bekommt die SPÖ alle nötigen Informationen von der VP-Mehrheit? Schneider: „Im Normalfall schon. Natürlich kommt es auch mal vor, dass wir erfahren, dass die ÖVP irgendwo Verhandlungen gehabt hat, von denen wir nichts gewusst haben, aber im Prinzip sind wir gut eingebunden. Wir machen nach dem Gemeindevorstand immer unsere Fraktionssitzung, um die Dinge unter uns zu besprechen. Und unmittelbar vor der Gemeinderatssitzung treffe ich mich dann noch unter vier Augen mit dem Bürgermeister, sozusagen zur Feinabstimmung. Dieses Prozedere habe ich eingeführt und es hat sich bewährt. Ich nenne das eine Präsidialsitzung. Ich war schon in vielen Vorstandsfunktionen und ich habe das quasi so gelernt. Und weil wir uns im Vorfeld so gut abstimmen, kommt es bei uns im Gemeinderat auch nicht zu unnötigen Diskussionen, die das Blut vergiften.“

Kommt die SPÖ im Gemeinderat

Fotos: SPÖ-Aggsbach Markt



Kern der SPÖ-Aggsbach Markt (v.l.), sitzend: Brigitte Rathberger, GGR Boris Schneider, GRin Eva Weingut; stehend: GR Alfred Bauer, Alois Lanzenbacher, Karl Kappelmlüller, GR Rudolf Maisser, GGR Rudolf Schrutz, GR Gottfried Bauer, Hubert Schuster.

mit eigenen Anträgen durch? Schneider: „Ja. Wahnsinnig viele Sachen gibt es da natürlich nicht, aber wir finden durch die Art und Weise wie wir vorgehen auch immer wieder Gehör bei der ÖVP.“

Werden den SPÖ-Mandataren Repräsentationsaufgaben übertragen? Schneider: „Den Bürgermeister haben wir noch nie vertreten, aber bei den Gratulationen und Ehrungen sind wir immer dabei.“

Wie wichtig ist die Öffentlichkeitsarbeit und was passiert hier? Schneider: „Unsere Öffentlichkeitsarbeit spielt sich die meiste Zeit hier bei mir im Lokal ab. Ich bin das einzige Gasthaus in der Ortschaft Willendorf und so etwas wie das soziale Zentrum für die Menschen hier, vor allem für die älteren, denn Junge haben wir ohnehin fast keine. Das geht so weit, dass meine Türen auch am Ruhetag offenstehen und Stammkunden kommen.“

In vielen persönlichen Gesprächen informieren wir die Menschen über unsere Arbeit und An-

sichten. Homepage und Zeitung haben wir keine. Unsere Stärke ist der direkte Kontakt. Auch Hausbesuche machen wir, nicht nur vor Gemeinderatswahlen, sondern vor jeder Wahl. Auf Facebook sind wir vertreten, darum kümmert sich Kollege Alfred Bauer – der hält auch die Kontakte zur lokalen Presse.“

Wir stellen uns auch immer wieder bei BürgerInnen zu diversen Anlässen, wie Geburt eines Kindes, Ehrung oder runder Geburtstag, mit Geschenken wie einer Flasche Wein oder einem Gutschein ein. Das zahlen ich oder der Fred Bauer dann oft aus eigener Tasche.“

Events im Jahresverlauf? Schneider: „Wir haben ein Gschnas für Erwachsene am Faschingssamstag bei mir im Gasthaus zur Venus, einen Kinderfasching, ein Preischnapsen, meist im Frühjahr, einen Wandertag am Nationalfeiertag und ein Standl beim Gemeinde-Advent, an dem sich viele Vereine beteiligen.“

Wie schwierig ist es, neue Mit-

streiterInnen zu finden? Schneider: „Sehr, sehr schwer. Am härtesten tun wir uns bei der Jugend. Unser Ort ist vollkommen überaltert und bei unseren wenigen Jungen hält sich das Interesse an Politik sehr in Grenzen, um es mal freundlich zu formulieren. Dieser Zustand bereitet mir wirklich große Sorgen.“

Auch der scharfe Wind, der uns in der Öffentlichkeit aufgrund der Blödheiten in der Vergangenheit, also in der Bundespolitik, entgegen bläst. Damit wir die Abwanderungswelle der Jungen aus unserem Ort stoppen, habe ich jetzt privat ein Projekt für die Errichtung von 25 günstigen Einfamilienhäusern ins Leben gerufen, auf meinem Grund und Boden. Und vielleicht kann man dadurch auch den einen oder anderen Jungen überzeugen, dass er im Ort bleibt, er SPÖ wählt oder sich sogar bei uns engagiert.“

Ziele für GRW 2020? Schneider: „Ganz klar: weiterhin stärker werden!“

Kleine Unternehmen vor den Vorhang!

Es ist wichtig ortsansässige Betriebe in kommunalen Medien vorzustellen

Bereits rund 530.000 Unternehmen gab es Ende 2017 in Österreich. Und ihre Zahl – und damit auch die Zahl der UnternehmerInnen – nimmt weiter zu. Rund 500.000 dieser Betriebe sind Kleinunternehmen mit maximal neun MitarbeiterInnen. Rund 60 Prozent sind Einpersonener Unternehmen.

Die Betriebe erbringen in den Gemeinden und Regionen wichtige Leistungen und sind ein bedeutender Arbeitgeber und Steuerzahler. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, wie enorm groß die Zahl der Unternehmen in ihrer Gemeinde ist und welche riesige Leistungspalette diese Betriebe anbieten.

Über diese Vielfalt der Unternehmen zu informieren, ist im Interesse der Gemeinden, der hier leben-

den Menschen und der regionalen Wirtschaft.

Ich ersuche alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, alle NÖ GVV-Verantwortlichen und Funktionäre, die eine eigene Gemeindezeitung oder eine andere Information für die Bürgerinnen und Bürger herausgeben, die Unternehmen in ihrer Gemeinde vorzustellen und neue Betriebe willkommen zu heißen. Bitten wir die kleinen und mittleren Unternehmen vor den Vorhang!

Dienstleistungen oder Produkte, die sie benötigen, könnten die Bürgerinnen und Bürger dann leichter im Ort beziehen und bräuchten nicht woanders hinfahren, die Unternehmen würden bekannter werden und auch die Wertschöpfung in der Gemeinde würde profitieren.

Meine eigene Gemeinde hat mit Unternehmensvorstellungen sehr gute Erfahrungen gemacht.

Ich danke Euch vielmals im Namen der niederösterreichischen Wirtschaft und freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit, verbunden mit den besten Wünschen für ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr für Euch und Eure Familien.



von KommR
Thomas Schaden,
Präsident
des Sozialdemokratischen
Wirtschaftsverbandes
des Niederösterreich (SWV NÖ).

Auf Zwicker folgt Bgm. Artner

Bürgermeisterwechsel in der Stadt Herzogenburg, Bezirk St. Pölten Land

Am 19. November wurde im Gemeinderat von Herzogenburg (Bezirk St. Pölten Land) Christoph Artner zum neuen Bürgermeister gewählt – mit 26 von 33 Stimmen. Neo-Bürgermeister Mag. Christoph Artner (32), ein Jurist und Politikwissenschaftler, arbeitet seit 2012 für die Energy Changes Projektentwicklung GmbH, hat mit seiner Lebenspartnerin eine Tochter, die 2017 zur Welt kam. Im Gemeinderat sitzt Artner seit 2010, schon 2012 avancierte er zum Stadtrat und zum Vizebürgermeister.

Im Amt als neuer Stadtchef von Herzogenburg beerbt er seinen Vorgänger Regierungsrat Franz Zwicker (62), Beamter des Innenministeriums in Pension, der am 12. Novem-



Amtsschlüsselübergabe: Alt-Bgm. Zwicker und Neo-Bgm. Artner (r.).

ber zurückgetreten war.

Zwicker arbeitete seit 1990 im Gemeinderat mit, ab Mai 2000 als Stadtrat, ab April 2005 als Vize und ab Jänner 2007 als Bürgermeister.

Für seine Verdienste um seine Heimatstadt und die Sozialdemokratie wurde Zwicker heuer mit der Viktor Adler-Plakette ausgezeichnet. Ein ganz kleiner Auszug der wichtigsten Projekte aus der Amtszeit von Zwicker: S33-Anschlussstelle Herzogenburg samt Bau der Unterführung; Sanierung Rathaus Herzogenburg inkl. Fachärzteezentrum.

NÖ GVV-Präsident Rupert Dworak: „Franz Zwicker hat für seine Bürger 28 Jahre im Gemeinderat gearbeitet, zwölf davon als Bürgermeister. Dafür möchte ich ihm meinen großen Dank aussprechen. Christoph Artner wünsche ich für seine neue Herausforderung alles Gute. Ich bin sicher, dass er seine Sache ausgezeichnet machen wird.“

Fotos: SWV NÖ; Stadtgemeinde Herzogenburg

Hut ab! 8,6 Millionen Minuten Bewegung in nÖ. Gemeinden

Auch heuer war die beliebte NÖ-Challenge wieder ein schöner Erfolg

Drei Monate lang wurde im Zuge der NÖ-Challenge gelaufen, gewandert und mit dem Rad gefahren. In diesem Zeitraum suchte das SPORT.LAND.Niederösterreich mit Hilfe von Runtastic und in Kooperation mit den beiden nÖ. GemeindevertreterInnenverbänden die aktivste Gemeinde Niederösterreichs.

„Nachdem die letztjährige NÖ-Challenge und die diesjährige NÖ-Firmenchallenge ein voller Erfolg waren, war für uns klar, dass der digitale Sportwettbewerb der Gemeinden auch heuer stattfinden muss. Großartig, dass auch 2018 so viele NiederösterreicherInnen mit dabei waren. Insgesamt wurden rund 8,6 Millionen aktive Minuten und 116.000 Einzelaktivitäten absolviert“, zeigte sich Sportlandesrätin Petra Bohuslav vom sportlichen Output der NÖ-Challenge begeistert.

Abgerechnet wurde das große nÖ. Bewegungskonto am 30. September 2018. Die Ortschaften mit den meisten Bewegungsminuten je Einwohner und somit Sieger der NÖ-Challenge gliedern sich wie folgt: In der Kategorie „0 – 2.500 Einwohner“ war Weissenbach an der Triesting die aktivste Gemeinde, gefolgt von Oed-Oehling und Annaberg. Bei den „2.501 – 5.000 Einwohner“-Gemeinden konnte sich Atzenbrugg vor Oberwaltersdorf und Ziersdorf durchsetzen. Schrems und Vösendorf waren in der Kategorie „5.001 – 10.000 Einwohner“ ex aequo die aktivsten Gemeinden und verwiesen Wilhelmsburg auf den 3. Platz. In den Gemeinden „über 10.000 Einwohnern“ erreichte Bad Vöslau den



In der Kategorie 5.001 – 10.000 Einwohner gab es zwei erste Plätze (v. l.): NÖ GVV-Präs. Bgm. Rupert Dworak, Bgm. Rudolf Ameisbichler, StRin Gabriele Beer, GR Ferdinand Ziegler, LRin Petra Bohuslav, Vizepräs. Bgm. Johannes Pressl.

1. Platz. Ebenfalls am Podest landeten Waidhofen/Ybbs und Zwettl. Die ersten drei Gemeinden in jeder Kategorie wurden bei einer feierlichen Abschlussveranstaltung im ORF Niederösterreich ausgezeichnet.

Mit dabei war auch der Vizepräsident des NÖ Gemeindebundes, Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl, der vor allem die Wichtigkeit von Sport und Bewegung in den Gemeinden betonte: „Bei der NÖ Challenge kann jeder mitmachen – auch in den Gemeinden. Es gilt die bekannte Devise *Da bei sein ist alles!* Durch den Wettbewerb haben wir die NiederösterreicherInnen zu mehr Bewegung im Alltag motiviert. So hat man vielleicht nicht gewonnen, dafür aber umso mehr für seine Gesundheit getan.“ Auch der Präsident vom Ver-

band sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in NÖ, Bgm. Rupert Dworak, zeigte sich von der NÖ-Challenge beeindruckt: „Sport hat einen sehr hohen Stellenwert in jeder Gemeinde – die Bewegung aller BürgerInnen zur Förderung ihrer Gesundheit ist ein großes Ziel. Die zahlreichen Vereine bieten dabei ein abwechslungsreiches Programm und viele verschiedene Sportarten.“

Mit der NÖ-Challenge werden nun die Menschen gemeindeübergreifend bewegt und im freundschaftlichen Wettkampf zu tollen Leistungen motiviert. So wird zusätzlich auf die Digitalisierung der Gesellschaft reagiert, die im Sport neue Möglichkeiten schafft. Daher unterstützen wir sehr gerne die Aktion, die auch mit ihrer Nachhaltigkeit punktet.“

Foto: NLK Pfeiffer

Jugendumfrage für Gemeinden

Die Jugendumfrage der Sozialistischen Jugend Niederösterreich ist das perfekte Mittel um Jugendliche an Entscheidungsprozessen in der Gemeinde teilhaben zu lassen und stellt gleichzeitig einen umfangreichen Leitfaden für die Gemeinde dar.



Die Beteiligung der Jugend an politischen Prozessen, vor allem auf kommunaler Ebene, ist essenziell für politische Arbeit. Besonders Gemeinden profitieren von der Partizipation der Jugend. Neue Blickwinkel, Offenheit für neue Ideen, Begeisterung weiterer Jugendlicher für Politik.

Wir als Sozialistische Jugend Niederösterreich können hervorragend dabei helfen, Jugendliche zu motivieren, am Gemeindeleben teilzuhaben und ihre Ideen mit einfließen zu lassen.

Mit unseren Jugendumfragen bieten wir den Gemeinden eine umfassende Aufschlüsselung über die Orte an denen die Jugend zu finden ist, welche ortsspezifischen Interessen bestehen, wie man die ortsansässigen Jung-GemeindebürgerInnen am besten erreicht und welche Projekte für sie Priorität haben.

Unsere Jugendumfragen sind der erste Schritt hin zu aktiver Mitbestimmung der Jugend in einer Gemeinde und für die Gemeinden selbst der erste Schritt hin zu einer jugendfreundlichen Gemeinde.

Unsere Umfragen werden in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden erarbeitet, damit auf die spezifischen Bedürfnisse und Gegebenheiten in den Ortschaften eingegangen werden kann.

Um die Umfrage umzusetzen, benötigen wir eine Kontaktperson in der Gemeinde. Zusammen mit der Kontaktperson erarbeiten wir innerhalb eines Monats eine auf den Ort perfekt zugeschnittene Umfrage. Dafür notwendig ist natürlich zeitgerechte Kontaktaufnahme (siehe Kontaktdaten am Ende des Artikels).

Zur Umsetzung ist es wichtig, dass in den Gemeinden selbst, noch vor der Kontaktaufnahme, klare Ziele formuliert werden. Zum Beispiel: Welche Altersgruppe soll erreicht werden? Wer hilft bei der Umsetzung? Welche Dinge sollen herausgefunden werden?

Sobald die Umfrage erstellt ist sollte auch genügend Zeit eingeplant werden, um die Umfrage zu bewerben. Das sollte über die Gemeindezeitung, Social Media und Flyer getan werden. Falls dafür Unterstützung benötigt wird, stehen wir ebenfalls zur Verfügung.

Wenn Jugendliche in der Gemeinde aktiv sind, sollten sie in das Projekt mit eingebunden werden. Sie sind das Sprachrohr zu den Jugendlichen der Gemeinde.

Wer Interesse daran hat, dass in seiner Gemeinde so eine Jugendumfrage gemacht wird, meldet sich bei der Sozialistischen Jugend Niederösterreich unter:

**Email: office@sjnoe.at
Telefon: 02742/226**

This page is powered by:



Foto: JG/SJ-NÖ, pexels.com

Sicherheit ist
unbezahlbar.
Und günstig.



NFON
Die Cloud-Telefonanlage

Die Telefonanlage einer neuen Generation.

Für Ihre Businesskommunikation gehen wir auf Nummer sicher. Höchste Datenschutzstandards, maximale Ausfallsicherheit und Qualität „made in Germany“ – darauf verlassen sich schon mehr als 15.000 Unternehmen. Und damit Sie nicht nur sicher, sondern auch günstig telefonieren, rechnen wir nur exakt die Nebenstellen ab, die Sie tatsächlich nutzen. Hört sich doch gut an.

Entdecken Sie mit NFON die neue Freiheit der Businesskommunikation.

nfon.com



„Die GR-Wahl 2020 wird eine ganz besondere Herausforderung“

NÖ GVV-Präsident Bgm. Rupert Dworak (56) begründet im großen KI-Interview seinen Rückzug aus dem Landtag, spricht über den Kommunalgipfel 2018, kritisiert die aktuelle Finanzierung der Kinderbetreuung, informiert über die laufenden Vorbereitungen zu GRW 2020, setzt diesbezügliche Ziele und erzählt noch von einem ganz persönlichem Gipfelsieg.



Kurz vor der Sommerpause haben Sie Ihr Direktmandat aufgegeben und sich nach 15 Jahren aus dem nÖ. Landtag zurückgezogen - unter Standing Ovations aller Abgeordneten. Wie geht's damit, fehlt jetzt irgendwas?

Überhaupt nicht. Erstens ist meine Verbindung zum Landtagsklub eine enge, auch weil ja der GemeindevertreterInnenverband bei allen kommunal relevanten Entscheidungen eingebunden ist.

Zum Zweiten ist nur das passiert, was ich schon 2003 gesagt habe: Nach drei Perioden der Gesetzgebung hat man sich zu verabschieden. Und ich stelle nun fest: Jetzt ist endlich auch so viel Zeit da, um wirklich qualitativ gut für den GemeindevertreterInnenverband, für die Interessen unserer MandatarInnen zu arbeiten, Zeit, die man auch benötigt. Denn Niederösterreich ist ein Flächenland und ich bin pro Jahr 100.000 bis 120.000 Kilometer unterwegs.

Natürlich ist es für mich auch eine Umstellung gewesen, aber mit mehr Qualität und mehr Zeit für den Verband und die Interessen, die wir hier zu vertreten haben.

Und vermutlich auch ein Zuwachs bei der privaten Lebensqualität...

Ob man will oder nicht: Lebensqualität macht man sich ohnehin selbst. Die muss man sich schaf-

fen. Aber meine nun gewonnene Zeit verwende ich fast ausschließlich dafür, mich noch mehr auf den Verband zu konzentrieren.

Dazu kommt ja noch, dass auch Ternitz nicht gerade eine Kleinstgemeinde ist. Wir sind ein Unternehmen mit einem Budget von 35

Millionen Euro und sind auf der Gemeinde mittlerweile auf 220 MitarbeiterInnen gewachsen. Meine Aufgaben sind nun halt ein wenig anders verteilt und das neue Zeitkonzept passt ganz wunderbar, um diesen Aufgaben gut nachzukommen.

2018 war auch das Jahr eines Kommunalgipfels. Mit dem Ergebnis konnten die Gemeinden ja recht zufrieden sein.

Der Kommunalgipfel war heuer ein relativ einfacher. Man hat das nachvollzogen, was wir vor mittlerweile zwei Jahren beim Finanz-

ausgleich auf Bundesebene geschnürt haben. Die Sozialhilfeumlage liegt bei vier Prozent, der NÖ-KAS fällt bis 2021 auf 3,2 Prozent. Wir haben unserer Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig genug finanziellen Spielraum für ihr Ressort geschaffen. Das alles war eher

„Wir haben Planungssicherheit bis 2021“

unaufgeregt, aber dennoch, so denke ich, ein guter Erfolg - mit einer ganz, ganz wichtigen Botschaft für die Gemeinden: nämlich Planungssicherheit bis 2021. Und das war uns wichtig.

Mit dem Kostenersatz für die Kinderbetreuung ist es ja nicht gleich so rund gelaufen. Da standen anfangs ja viele Millionen Euro zu wenig im Raum...

Ja, das ist überhaupt nicht rund gelaufen. Ich sehe diesbezüglich auch heute noch Probleme auf uns zukommen. Man muss sich vorstellen, dass die Gemeinden voll im Regen gestanden wären, wenn der Bund nicht dann doch noch die von uns so dringend geforderten 140 Millionen Euro zugeschossen hätte.

Und ich sage heute: Sogar dieses Geld reicht eigentlich noch nicht aus! Nur um gerade mal den Status quo zu sichern. Von einem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtung speziell für die Kinder

unter drei Jahren wird dieses Geld sicher nicht reichen.

Deshalb ist das zwar ein erster Schritt, aber nur um sagen zu können: Gut, wir haben nun die finanziellen Mittel, die wir im Augenblick gerade brauchen, um den Status quo aufrecht zu erhalten. Aber von einem Ausbau des Angebots sind wir leider meilenweit entfernt. Da wird der Bund noch kräftig zuschießen müssen. Deshalb sehe ich das alles nicht als Erfolg, sondern nur als Minimum dessen, was den Gemeinden zusteht.

Zuletzt haben Sie hier gefordert, in Zukunft die Kinderbetreuungskosten der Gemeinden direkt mit dem Bund abrechnen zu wollen und das Land hierbei außen vor zu lassen. Was hätte das für Vorteile?

Also wenn man auf Bundesebene, auf Landesebene von Verwaltungsvereinfachung spricht, muss man, so glaube ich, sich hier die diversen Parallelitäten anschauen. Diese Parallelwelten, wo das Geld vom Bund zum Land und vom Land zu den Gemeinden verschoben wird.

Hier könnte es durchaus eine Direktverrechnung zwischen Bund und Gemeinden geben. Ich sage auch, dass es höchste Zeit ist, dass die Gemeinden 15a-paktfähig werden. Das ist eine Forderung, die



wir auch schon im Zuge der Finanzausgleichsgespräche gestellt haben.

Warum soll hier nicht der Gemeindebund für alle Gemeinden in Österreich mit dem Bund eine 15a-Vereinbarung abschließen können? Warum das derzeit nicht möglich ist, entzieht sich vollkommen meinem Verständnis, denn die Gemeinden sind mit Sicherheit ein ganz ausgezeichneter Vertragspartner. Stichwort Stabilitätspakt, den halten wir auf Punkt und Beistrich ein. Und mit einer eigenen 15a-Vereinbarung bräuchten wir den Umweg, den manchmal sehr teuren Umweg über die Länder, überhaupt nicht mehr.

Auf dem Weg zu den nächsten Gemeinderatswahlen ist die Halbzeit längst überschritten. Wie gut laufen die Vorbereitungen beim NÖ

GVV für die GRW 2020?

Nun, die laufen ja schon seit Februar 2015 (*schmunzelt*). Uns ist bewusst, dass diese kommende Wahl eine ganz besondere Herausforderung wird. Und tatsächlich haben wir schon vor Jahren mit

Präsentation des Designs für die GRW im Frühjahr

den Vorbereitungen für diesen Urnengang begonnen. Bei uns ist wirklich nach der Gemeinderatswahl, vor der Gemeinderatswahl.

Wir werden bei unserer Kommunalen Informations-Messe im Frühjahr 2019 in Biedermannsdorf unser Design für die GRW 2020 vorstellen. Wir werden noch den Gemeinden, von denen wir annehmen, dass sie es gut brauchen können, unsere besondere Unterstützung zukommen lassen. Wir

haben schon seit Jahren und noch immer regelmäßig einschlägige Klausuren und Seminare laufen und setzen dabei immer noch gezielte lokale Schwerpunkte.

Und wir haben für 2020 das Ziel, in allen Gemeinden des Landes zu kandidieren, das kann der GVV aber nicht allein schaffen. Hier braucht es die Unterstützung aller sozialdemokratischen Ebenen.

Wie sehr ist die Landespartei in die Vorbereitung der GRW 2020 eingebunden?

Natürlich zu 100 Prozent. Vorsitzender Franz Schnabl und Geschäftsführer Wolfgang Kocevar sowie auch Klubobmann Rainhard Hundsmüller sind hier voll eingebunden. Das kann ja nur eine gemeinsame Kraftanstrengung sein. Die politische Organisation hat die



Fotos: www.fotoplotsch.at



Landespartei, wir sind dazu da, zu unterstützen, zu helfen, zu begleiten, auch zu denken – und ich glaube, das funktioniert ausgezeichnet. Ich muss auch hier eines sagen, Franz Schnabl ist auch einer, der vor Ort selbst immer mit dabei ist. Wir haben ja schon viele Treffen gehabt, mit allen Bezirken, mit den einzelnen Vorsitzenden. Und wir werden in den folgenden Wochen noch viele weitere Gespräche haben. So müsste es uns eigentlich gelingen, dass wir für die Wahlen 2020 gut vorbereitet sind.

In Ihrer Heimatgemeinde Ternitz regieren Sie als Bürgermeister mit absoluter SP-Mehrheit. Sogar mit Zweidrittel-Mehrheit. Heutzutage schon eine echte Seltenheit. Was können die Ternitzer BürgerInnen von der Sozialdemokratie erwarten?

Das ist ganz einfach. Wir werden das machen, was wir immer tun: Wir werden mit den Menschen reden. Wir haben bereits mit einer Gassl-Fest-Tour begonnen. Ich bin dort letztens mit 1.200 BürgerInnen zusammengekommen, die bei mir eine Vielzahl von Wünschen deponiert haben. Aber auch Anre-

gungen und einige Beschwerden. Man wird sicher nicht jeden Wunsch erfüllen können, aber ich versuche sehr viele dieser Wünsche umzusetzen. Und Beschwerden, Kritik und Anregungen motivieren mich ohnehin besonders. Denn nur dann, wenn man Kritik ernst nimmt, nur dann kann man auch besser werden. Und besser werden ist mein Anspruch in der Politik.

„Besser werden ist mein Anspruch in der Politik

Welche Programm-Schmankerl können die TernitzerInnen erwarten?

Zum Beispiel wird das Thema Bildung im Focus stehen. Wir haben uns ja in den vergangenen Jahren als Schulstandort etabliert. Nun wollen wir auch einen Fachhochschullehrgang nach Ternitz holen. Dazu werde ich bald eine Pressekonferenz mit meinem Vizebürgermeister abhalten, wo wir den Weg Richtung eigene FH vorstellen werden. Dazu werden wir uns auch hochkarätige Experten ins Boot holen, die uns helfen können, diesen Lehrgang zu entwickeln.

Und um noch ein zweites Thema zu nennen, wäre da die Sicherheit. Ich bin immer sehr betroffen, wenn GemeindebürgerInnen in meine Sprechstunde kommen und sie berichten von unangenehmen Wahrnehmungen und einem Defizit des persönlichen Sicherheitsgefühls. Von Vandalismus im Stadtpark und solchen Dingen. Da setzen wir nun ein deutliches Zeichen: Es wird ab dem nächsten Jahr hauptamtlich ein Sicherheitspartner angestellt. Der wird noch mit einigen MitarbeiterInnen dahingehend verstärkt, dass die TernitzerInnen spätestens 2020 sagen werden: Ternitz ist die sicherste Stadt Europas!

Derzeit werden 122 Kommunen in Niederösterreich von sozialdemokratischen BürgermeisterInnen regiert. Was wäre das Wahlziel für 2020?

Unser Anspruch muss schlicht sein, in allen Gemeinden stärker zu werden. Aber das Wahlziel ist immer, Gemeinden dazu zu gewinnen. Am Wahlabend ist es immer so. Da heißt es nicht: *Wie viele Mandate haben wir?* – Sondern da heißt es: *Wie viele Gemeinden ha-*



ben wir? Um ganz offen zu sprechen, ich denke, es wird diesmal eine sehr harte Schlacht werden. Nehmen wir zum Beispiel meine Bezirkshauptstadt Neunkirchen. Wenn alles gut läuft, haben wir hier eine echte Chance wieder stimmenstärkste Partei zu werden und damit auch den Anspruch auf den Bürgermeistersessel zu stellen.

Wie wir wissen wurde ja Neunkirchen 2010, so wie Wiener Neustadt, von Koalitionen übernommen, obwohl die Sozialdemokratie in beiden Städten stimmenstärkste Partei war. In Neunkirchen sehe ich für 2020 eine realistische Chance. Mein Mandat hat ja auch dazu verholfen, dass in Neunkirchen die nunmehrige Bundesrätin Andrea Kahofer als SPÖ-Spitzenkandidatin ins Rennen geht. Und auch sonst sind wir, denke ich, hier gut aufgestellt. Und es wäre für die niederösterreichische Sozialdemokratie ein besonderer Erfolg, wenn wir eine Bezirkshauptstadt zurückholen können.

Zum Abschluss noch etwas ganz Persönliches: Anfang Oktober haben Sie den höchsten Berg Afrikas, den 5.895 Meter hohen Kilimanjaro, bestiegen. Wie kam es dazu und wie war das?

Dieser Traum verfolgt mich seit

1993. Damals war ich mit einigen Freunden am Mont Blanc. Das war mein erster großer Gipfel. Und einige Wochen später habe ich dann einen Dokumentarfilm gesehen, wo gesagt wurde, dass im Jahr 2020 der höchste Berg Afrikas kei-

„Für mich war's eine anspruchsvolle Wanderung“

ne Eiskappe mehr haben werde. Ich dachte sofort, dass ich die Eiskappe noch unbedingt sehen und Zeitzeuge sein möchte – diese Idee hat mich dann sehr gefesselt und hat sich über die Jahre in mir etabliert. Und nach mehr als 25 Jahren war es dann höchste Zeit,

diese Idee wirklich umzusetzen.

Ich habe gesinnungsgleiche Partner gesucht und gefunden und nach mehr als zweijähriger Vorbereitung war es heuer im Herbst endlich so weit.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich mir diesen Lebenstraum, wie ich schon sagen muss, erfüllen konnte. Für mich war das eine anspruchsvolle Wanderung und nicht gerade eine bergsteigerische Leistung. Mein Glück war es auch, dass ich bis zu dieser Höhe nicht höhenkrank geworden bin. Und eines kann ich jetzt schon sagen: Noch höher werde ich nicht steigen (*lacht*).



Fotos: www.fotoplotsch.at; privat



Der KI Buch-Tipp Die „klassische Vernunft“ ist zu Grabe getragen

Höchste Zeit, unsere Naivität gegenüber der Macht politischer Diskurse abzulegen. Dieses Buch deckt in einfacher Sprache auf, wie Sprache sich auf unser Denken, unsere Wahrnehmung der Welt und unser Handeln auswirkt.

Politisches Denken ist bewusst, rational und objektiv – diese althergebrachte Vorstellung geistert bis heute über die Flure von Parteizentralen und Medienredaktionen und durch die Köpfe vieler Bürger. Doch die Kognitionsforschung hat die »klassische Vernunft« längst zu Grabe getragen. Nicht Fakten bedingen unsere Meinungen,

sondern Frames. Sie ziehen im Gehirn die Strippen und entscheiden, ob Informationen als wichtig erkannt oder kognitiv unter den Teppich gekehrt werden. Frames sind immer ideologisch selektiv, und sie werden über Sprache aktiviert und gefestigt – unsere öffentlichen Debatten wirken wie ein synaptischer Superkleber, der Ideen

miteinander vernetzen kann, und zwar dauerhaft. In der Kognitionsforschung ist man sich daher schon lange einig: Sprache ist Politik.

„*Politisches Framing*“ von von Elisabeth Wehling erschien 2016 als Band 14 in der Edition Medienpraxis. ISBN 978-3-86962-208-8. 224 Seiten. € 21,-.

Sankt Valentin will plastikfrei werden

Als Klimabündnisgemeinde hat der Gemeinderat von St. Valentin (Bezirk Amstetten) einstimmig eine Resolution zur Vermeidung von Einweg-Kunststoff beschlossen. Die Stadt St. Valentin strebt als hohes Ziel an, eine „plastikfreie Gemeinde“ zu werden.

Bürgermeisterin LAbg. Kerstin Suchan-Mayr hatte dieses ehrgeizige Projekt schon lange im Kopf: „Bei den aktuellen Klimakatastrophen gilt es besonders auf unseren ökologischen Fußabdruck zu achten. Ich bin froh, dass wir im Gemeinderat diese Resolution zur Vermeidung von Einweg-Kunststoff beschlossen haben. Ein erstellter Leitfaden soll nun die Richtung vorgeben – wir beginnen in unserer Stadtgemeinde mit dem Weglassen von Einweg-Plastik, gefolgt von einem Leitfaden für unsere Veranstaltungen in unserer Stadtgemeinde.“

Als weiteren Schritt sollen auch die in St. Valentin angesiedelten Firmen und Betriebe mit ins Boot geholt werden – mit einem Schreiben will man sich an die Betriebe und Handelsketten wenden und diese bitten, den eingeschlagenen Weg mitzugehen. Als allererste Maßnahme wurde beim Wasserspender im Gemeindeamt auf Pappbecher umgestellt.



Engagiertes Ziel: Bürgermeisterin LAbg. Mag.^a Kerstin Suchan-Mayr.



Blick auf Schwarzau am Steinfeld aus der Vogelperspektive. In der Bildmitte teilt die Schwarzau das Gemeindegebiet.

Schwarzau am Steinfeld, Bezirk Neunkirchen

Wohnbau brummt durch Zuzug

Österreichweit bekannt ist Schwarzau am Steinfeld vor allem durch sein Frauengefängnis und das darin befindliche Hochzeitsschloss von Kaiser Karl und seiner Zita. Aber mittlerweile wird der Ort als Zuzugsgemeinde immer beliebter und auch der Tourismus beginnt leise Blüten zu treiben.

Abteilungen für Frauen gibt es in vielen österreichischen Gefängnissen, aber Schwarzau am Steinfeld ist die einzige Justizanstalt, die offiziell als Frauengefängnis deklariert ist. Im Schnitt sind dort 120 Frauen, aber auch 10 bis 15 Männer untergebracht. Während es unter den Frauen immer



Bild oben: das Gemeindezentrum mit dem Gemeindeamt (links). Bild links: die E-Tankstelle beim BILLA Markt gegenüber des Gemeindezentrums.

Fotos: Gemeinde Schwarzau am Steinfeld; Wikipedia



1 Wallfahrtskirche Maria zum Guten Rat.



2



3

2 Historisches Panorama mit Schneeberg im Hintergrund 3 Start zum Uferlauf.

wieder auch schwerste Kaliber gibt (zum Beispiel Blauensteiner, Eislady), sind es bei den Männern ausnahmslos nur leichtere Fälle - mit einer maximalen Freiheitsstrafe von zwei Jahren.

Das riesige Gelände der Justizanstalt umfasst satte 254.000 Quadratmeter. Hier sind auch ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Viehwirtschaft, Schweinezucht und Feldbau untergebracht sowie eine Wäscherei, eine Näherei, eine Hauswerkstatt und ein Gärtnereibetrieb.

Ein echtes Prunkstück auf dem

Gefängnisgelände ist das Schloss, in dem am 21. Oktober 1911 eine überaus prominente Hochzeit gefeiert wurde: Zita Maria delle Grazie von Bourbon-Parma ehelichte Kaisersohn Karl von Habsburg-Lothringen.

Höchstrangige Gäste waren Kaiser Franz Joseph I. und Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand. Der fiel aber nur wenige Jahre später dem Attentat von Sarajewo zum Opfer und als auch Kaiser Franz Joseph im November 1916 verstarb, wurde Karl zum letzten Kaiser Österreichs und seine Zita

zur Kaisergattin gekrönt.

Während sich die Gefängnisinsassen ja nicht gerade freiwillig in Schwarzau aufhalten, tun das viele andere Menschen sehr wohl und auch immer öfter. Denn seit den 1990er Jahren lassen sich immer mehr Menschen in Schwarzau am Steinfeld nieder. „Wir sind inzwischen eine echte Zuzugsgemeinde. Entsprechend haben wir den Wohnbau und den Ausbau der Infrastruktur entwickelt. Wir sind heute eine lebens- und liebenswerte Gemeinde mit guter Lebensqualität in verkehrsgünstiger La-



Das winterliche Bett des Schwarzau-Flusses.



Das Haupteingangstor der Strafanstalt Schwarzau.



ge“, weiß Bürgermeister Günter Wolf, der auch in Sachen Gefängnis ein hochkarätiger Experte ist - er leitet die Justizanstalt in Eisenstadt.

Der aktuelle Zuzug nach Schwarzau kommt aus allen Richtungen, vor allem aber aus dem Raum Wiener Neustadt und Wien. Die Preise für Baugrund halten sich noch im Rahmen, der Quadratmeter kostet - unaufgeschlossen - 50 bis 100 Euro. Der Wohnbau boomt. Die Gemeinde kooperiert mit den Genossenschaften SGN, Arthur Krupp, NÖSTA Alpenland.

Aktuell wurden heuer zwölf Reihenhäuser in Föhrenau und

insgesamt 86 Wohneinheiten in der Mariensiedlung errichtet. Dort kommen 2019 weitere 18 Wohnungen dazu, inklusive sieben Einheiten für betreutes Wohnen. Ein weiteres Projekt für betreubares Senioren-Wohnen wird in Zusammenarbeit mit der SGN entstehen.

Aber auch auf die Jungen wird nicht vergessen. Ebenfalls im Zusammenwirken mit der SGN soll ein Projekt Junges-Wohnen in ehemaligen Dienstwohnungen für Justizbeamte umgesetzt werden.

Auch finanziell steht die Gemeinde gut da. Das Budget im ordentlichen Haushalt beträgt 3,15 Millionen Euro. Der Rechnungsab-

schluss 2017 brachte ein Plus von 190.000 Euro, 2018 wird es „nur“ ein Plus von rund 80.000 Euro. Wolf: „Weil wir heuer viele Projekte umgesetzt haben.“ Einnahmen aus der Kommunalsteuer: rund 90.000 Euro. Leitbetriebe sind die BILLA (rund 30 Jobs), Reifen Winkler und das Transportunternehmen Posch. Größter Dienstgeber ist zwar die Justizanstalt, aber von der fallen keine Kommunalsteuern an.

„Was mich in Sachen Wirtschaft sehr stört ist, dass wir zwar ein schönes Betriebsgebiet in der Größe von rund 20.000 Quadratmetern haben, aber wir es bis jetzt noch nicht schafften, neue Be-

triebe her zu bekommen, um den Menschen im Ort Arbeitsplätze zu bieten“, beklagt der Bürgermeister. „Wir hatten auch schon Kontakt mit eco plus, jedoch muss ich dabei anmerken, dass nicht die Gemeinde der Grundverkäufer ist, sondern die Agrargemeinschaft. Aber wir geben nicht auf. Ganz im Gegenteil. Derzeit nehmen wir gerade einen neuen Anlauf und werden in entsprechende Verhandlungen eintreten.“

Aber auch der Tourismus treibt in Schwarzau mittlerweile zarte Knospen. „Gästezimmer Gerlinde“ (betrieben von der Frau des Bürgermeisters) und mit vier „Sonnen“ ausgezeichnet, verfügt über

zehn Betten. Das „Gut Guntrams“ von Dr. Stefan Gergely geht gar in Richtung Luxus-Segment und verfügt über drei beeindruckende Lofts auf Stelzen und drei Apartments.

Derzeit hat Schwarzau am Steinfeld 3.500 bis 4.000 Gästeübernachtungen pro Jahr, der Bürgermeister sieht im Fremdenverkehr eine echte Chance für seine Gemeinde. „Es ist unsere günstige Lage, die uns interessant macht. Wir decken ein Gebiet ab, das vom Semmering über den Neusiedlersee bis nach Wien reicht. Auch die Nähe zur Therme Linsberg ist ein Standortvorteil. Zu uns kommen mittlerweile Gäste aus der

Schweiz und den USA. Wir müssen jetzt trachten, dass wir auch in unserer Gemeinde vor Ort den Gästen etwas mehr bieten können. Sei es im Bereich der Bewegung, im Bereich der Kulinarik oder im Bereich der Kultur.“

Auch Gemeindekooperationen werden in Schwarzau am Steinfeld groß geschrieben. Sie gibt es bei der Trinkwasserversorgung, der Abfallentsorgung, bei Kanal, Musikschule, Standesamt und staatsbürgerlichen Angelegenheiten. Und ganz aktuell: „Für den Ortsteil Föhrenau habe ich mich mit dem Bürgermeister der Nachbargemeinde Lanzenkirchen zusammenschlossen und wir ha-

1 In der Gemeinde gibt es ein reges Vereinsleben. 2 Luftblick auf Wallfahrtskirche und B54-Brücke. 3 Reizende Gassen-Zeile. 4 Zwei Freiwillige Feuerwehren hat die Gemeinde. Beim Ferienspiel sind sie immer dabei.



Fotos: Gemeinde Schwarzau am Steinfeld; Gut Guntrams

1 Das Gut Guntrams ist eine Sensation. Es bietet seinen Gästen drei Stelzenhäuser und drei Apartments. 2 Ein feudales Wandklappbett hat's wohl noch nie gegeben. 3 Im Gut kann man auch Spezereien verkosten.





- 100 Jahre Zita-Hochzeit, 2011**
- 1 Zwei falsche Eheleute (hinten), ein falscher Kaiser (vorne) - aber ein echter Bürgermeister Wolf (r.).
 - 2 Sogar ein stilechter Doppeldecker kam zum Hochzeitsjubiläum.
 - 3 Die Doppelgänger von Karl und Zita gerieten ganz gelungen.
 - 4 Im Festumzug: Radfahrer - die hatten 1911 eine erste Hochblüte.
 - 5 Der Bentley im Umzug war fesch, stimmte aber historisch gar nicht.
 - 6 Originalfoto von der „Kaiser-Hochzeit“ 1911 im Schloss Schwarzau.
 - 7 Das Schloss Schwarzau befindetet sich heute am Gefängnis-Areal.



Fotos: Gemeinde Schwarzau am Steinfeld; Wikipedia



ben gemeinde- und bezirksübergreifend einen Dorferneuerungsverein gegründet“, so der Bürgermeister.

Und was gibt es sonst noch an aktuellen Projekten in der Gemeinde, Herr Bürgermeister? Wolf: „Wir hatten gerade eine Kindergartenerweiterung um 1,6 Millionen Euro, die Sanierung der Turnsaal-Nebenräume in unserer Volksschule um 60.000 Euro und unser Fußballplatz musste gebietsligatauglich gemacht werden. Kostenpunkt: 100.000 Euro.

Noch anstehend ist die Sanierung des Kirchenplatzes in Koope-

ration mit Studenten der BOKU Wien. Ein tolles Projekt, das allerdings mit 400.000 Euro zu Buche steht.

Weiters am Programm, allerdings erst in den nächsten vier bis fünf Jahren: der Neubau des Feuerwehrhauses. Der Grundsatzbeschluss im Gemeinderat ist bereits gefasst.“

Tipps - regelmäßige Veranstaltungen in Schwarzau am Steinfeld: Das Frühlingskonzert im Schloss, der Johannikirtag am 24. Juni (findet seit 35 Jahren statt), das große Feuerwehrfest im August und der Schwarzauer Advent.



FACT-SHEET

Schwarzau am Steinfeld

Gemeinde im Bezirk Neunkirchen, Industrieviertel.
 Einwohner: 2.011, plus rd. 300 Zweitwohnsitzer.
 Katastralgemeinden: Schwarzau, Guntrams. Ortschaften: Schwarzau, Föhrenau, Guntrams.
 Fläche: 9,75 km² (davon 26% bewaldet), Seehöhe: 329m
 Gemeinderat (19 Mandate): 13 SPÖ, 5 ÖVP, 1 FPÖ.

Besonderheiten:
 Auszeichnungen als Klimabündnisgemeinde, Jugendgemeinde, Seniorenfreundliche Gemeinde.
 Hochzeitsschloss von Kaiser Karl und Zita; einziges Frauengefängnis Österreichs; Gemeindefarmer (Sanitätsgemeinde mit Breitenau); umfangreiche Kooperationen mit Nachbargemeinden bei Trinkwasser, Abfall, Kanal, Musikschule, Standesamt und staatsbürgerschaftlichen Angelegenheiten; Veranstaltungssaal für bis zu 220 BesucherInnen; Tennisplatz, Fußballplatz, Beachvolleyball-Platz, Eislaufplatz, 2 Spielplätze; ein Biomasseheizkraftwerk versorgt die Umgebung mit Fernwärme. Abnehmer: private Haushalte, Gemeindegebäude, Therme Linsberg, Justizanstalt; 2019 beteiligt sich die Gemeinde an der Aktion „Blühendes Niederösterreich“, wofür ein eigenes Grünraumkonzept erstellt wird.

**Ob's regnet oder
schneit, a wundervolle
Weihnachtszeit!**

SPÖ 

Ein besinnliches Weihnachtsfest & ein noch besseres, neues Jahr!



INFO-BOX

Ansprechperson für
GemeindevertreterInnen:

Mag.^a Karola Grill-Haderer,
Leiterin Kinderhäuser,
unter:

kids@noe-volkshilfe.at,
Tel. 02622 / 82200-6310

www.noe-volkshilfe.at/kids

Der Weg zur Betreuungseinrichtung

Durch die neue 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuung gibt es zusätzliche Förderungen! Wie kommt nun eine Gemeinde zu so einer Betreuungseinrichtung? Das Volkshilfe-Team unterstützt bei allen notwendigen Schritten - von der Bedarfserhebung bis zur Bewilligung.

Die 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuung soll rückwirkend mit 1. September 2018 in Kraft treten. Die Laufzeit erstreckt sich bis zum Kindergartenjahr 2021/22 und in Summe werden jährlich über 180 Mio. Euro investiert. Der Fokus der Förderungen liegt auf dem Ausbau der Plätze für Unter-Dreijährige. Die genauen Förderungen dafür werden in den nächsten Wochen seitens des Landes NÖ festgelegt.

Das Team der Volkshilfe NÖ steht bei allen Schritten zur Verfügung:

- Unterstützung bei der Bedarfserhebung
- Erstellung Budget und aller Unterlagen zur Beschlussfassung bezüglich Errichtung einer Kleinkinderbetreuung
- Beratung bezüglich Räumlichkeiten, Einrichtung und Ausstattung
- Erstellung sozialpädagogisches Konzept als Voraussetzung für die Bewilligung
- Erledigung aller Schritte zur Bewilligung seitens des Landes

Niederösterreich

- Organisation von Elterninformationsveranstaltungen, Vertragsabwicklung mit den Eltern
- Auswahl, Einschulung, Anstellung und Weiterbildung des Personals, Entlohnung des Personals nach SWÖ-Kollektivvertrag, alle fachlichen MitarbeiterInnen haben Vorbereitungszeiten

Erledigung aller Tätigkeiten im laufenden Betrieb:

- Regelmäßiger Austausch mit der Standortgemeinde über Anmeldungen, Schwerpunkte, Abrechnungen, Entwicklungen etc.
- ISO 9001 Zertifikat
- Fachliche und organisatorische Begleitung der MitarbeiterInnen, Angebot von vielen internen Fortbildungen und Austauschrunden
- Organisation von Ersatzpersonal bei Ausfällen des Stammpersonals (SpringerInnenpool)
- Elterninformation und Akquise von zu betreuenden Kindern
- Verrechnung der Elternbeiträge inkl. Mahnwesen

- Administrative und organisatorische Abwicklung Mittagessen / Jausen

Schulische Nachmittagsbetreuung / Angebote für Schulkinder:

Das Team der Volkshilfe NÖ unterstützt den Schulerhalter ebenfalls bei der Einführung einer schulischen Nachmittagsbetreuung sowie ggf. bei der Umwandlung eines Hortes in eine ganztägige Schulform. Es organisiert und betreibt den Freizeitteil der Nachmittagsbetreuung im Auftrag des Schulerhalters in enger Zusammenarbeit mit der Schulleitung.

Ferienbetreuung:

Das Team der Volkshilfe NÖ steht auch für Anfragen zur Sommerferienbetreuung zur Verfügung. Bitte bis Ende Februar melden! Gemäß Bildungsinvestitionsgesetz (BIG) werden Ferienbetreuungen mit jährlich 6.500 Euro pro erstmalig eingerichteter Gruppe gefördert.

**Sämtliche Dienstleistungen werden durch die SERVICE MENSCH GmbH, gemeinnützige BetriebsgmbH und Tochter der Volkshilfe NÖ erbracht.*



von Mag.ª Sabine Blecha
Juristin des Verbandes

Gemeinderatswahl 2020: Hauptwohnsitzerfordernis für Bürgermeister und Vorstand

Die Vorbereitungen für die nächsten Gemeinderatswahlen sind in den Orts-Organisationen längst am Laufen. In Bezug auf die Wählbarkeit in die Vertretungsorgane haben sich seit der letzten Wahl Änderungen ergeben. Zeit daher, einen Blick auf die Voraussetzungen für eine Mandatsausübung zu werfen.

Ordentlicher Wohnsitz für Wahlrecht

Die nächsten allgemeinen Gemeinderatswahlen in Niederösterreich werden aller Voraussicht nach Anfang 2020 über die Bühne gehen. Zur Erinnerung: Grundsätzlich spielt der melderechtliche Begriff des Hauptwohnsitzes für das Wahlrecht der NiederösterreicherInnen bei Gemeinderatswahlen keine Rolle. Das Recht zum Urnengang hängt vom ordentlichen Wohnsitz einer Person ab, der eben nicht mit dem melderechtlichen Hauptwohnsitz ident sein muss, dieser Wohnsitzbegriff darf daher nicht mit dem des Hauptwohnsitzes nach dem Meldegesetz verwechselt werden. Ein ordentlicher Wohnsitz ist vom Gesetz her an jenem Ort begründet, den man zum Mittelpunkt seiner wirtschaftlichen, beruflichen oder gesellschaftlichen Betätigung gestalten wollte. Es muss allerdings nicht die Absicht bestehen, für immer an diesem Ort zu bleiben; es genügt, dass der Ort bis auf weiteres zu diesem Mittelpunkt freiwillig gewählt worden ist. Auch der Umstand, dass jemand in der Gemeinde nicht nach dem Meldegesetz gemeldet ist, berechtigt an sich nicht zum Ausschluss vom Wahl-

recht. Denn nicht die Anmeldung ist der allein ausschlaggebende Umstand zur Beurteilung der Frage, ob jemand in einer Gemeinde seinen ordentlichen Wohnsitz hat, sondern nur die Absicht, den Ort bis auf weiteres zum oben beschriebenen Mittelpunkt zu machen. Bei dieser Beurteilung ist das gesamte wirtschaftliche, berufliche, gesellschaftliche und sonstige Verhalten einer Person zu betrachten. Nach Ansicht des Verfassungsgerichtshof ist es auch möglich, gleichzeitig mehrere ordentliche Wohnsitze zu haben. Daher war es bis jetzt zulässig, dass Personen, die in mehreren Gemeinden einen ordentlichen Wohnsitz haben, auch in allen diesen Gemeinden selber wählen und selbst für den Gemeinderat kandidieren konnten (aktives und passives Wahlrecht).

Zukünftig wird eine Mehrfachkandidatur zwar erlaubt, allerdings wird eine Mandatsausübung in mehreren Gemeinden nicht mehr möglich sein. Darüber hinaus wird bei der Wahl in die anderen Vertretungskörper (Bürgermeisteramt, Gemeindevorstand) der Hauptwohnsitz eine Wählbarkeitsvoraussetzung sein. Aber der Reiche nach.

Nur ein Gemeinderatsmandat annehmbar

Ab der Gemeinderatswahl 2020 wird es bei Mehrfachkandidaturen in verschiedenen Gemeinden Beschränkungen geben. 2017 wurden hier vom niederösterreichischen Landtag Änderungen beschlossen. Bei zukünftigen Gemeinderatswahlen wurde ausgeschlossen, dass dieselbe Person in mehr als einer niederösterreichischen Gemeinde die Funktion als Gemeinderatsmitglied ausüben kann. Ein gewählter Bewerber darf nur mehr in EINER Gemeinde das Gelöbnis leisten. Wurde ein Bewerber in mehrere Gemeinderäte gewählt, so hat er sich bis zur ersten konstituierenden Sitzung eines Gemeinderates, in den er gewählt wurde, zu entscheiden, für welche Gemeinde er das Gelöbnis leistet. Auf Mandate in anderen Gemeinden muss er verzichten und er ist auch in diesen Gemeinden aus der Liste der Ersatzmitglieder zu streichen. Damit ist der Verzicht endgültig, er kann in diesen Gemeinden in der gesamten Legislaturperiode kein Gemeinderatsmandat mehr ausüben (§ 97 Abs. 5 NÖ Gemeindeordnung). Der betreffenden Person kommt also das Recht auf Entscheidung zu, in welchem Gemein-

derat sie sich angeloben lassen möchte. Mit der ersten Angelobung ist die Entscheidungsmöglichkeit nicht mehr gegeben. Und wie gesagt, auf Mandate in anderen Gemeinden, in die er gewählt wurde, muss der Bewerber verzichten und er wird in diesen Gemeinden aus der Liste der Ersatzmitglieder gestrichen. Ein dennoch geleistetes Gelöbnis in weiteren niederösterreichischen Gemeinderäten ist rechtswidrig und führt zum Verlust des/der nach dem zeitlich ersten Gelöbnis angenommenen Mandats/Mandate (§ 110 Abs. 2 lit. d NÖ Gemeindeordnung).

Hauptwohnsitz für Bürgermeister und Gemeindevorstand

Bürgermeister und Mitglieder des Gemeindevorstandes (geschäftsführende Gemeinderäte, Stadträte) müssen zukünftig in der Gemeinde bzw. der Stadt, für welche sie in diese Funktion gewählt wurden, ihren Hauptwohnsitz haben (§ 98 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung 1973). Ein Hauptwohnsitz ist hier also Wählbarkeitsvoraussetzung, liegt er nicht mehr vor, führt das zum Verlust des Amtes des Bürgermeisters bzw. Gemeindevorstandsmitglieds (Stadtratsmitglieds) im Sinne des § 111 Absatz 2 lit d NÖ Gemeindeordnung.

Hauptwohnsitz nach der Volkszählung 2011 für Anzahl der Gemeinderäte

Auch für die Anzahl der Gemeinderäte, die im § 19 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung geregelt werden, spielt der Hauptwohnsitz eine Rolle. Die Zahl der Mitglieder des Gemeinderates ist nach dem letzten, dem Tag der Wahlausschreibung vorausgegangenen Volkszählungsergebnis zu ermitteln (§ 19 Abs. 2 NÖ Gemeindeordnung). Diese letzte, dem Tag der Wahlausschreibung vorausgegangene Volkszählung



fand in Österreich zum Stichtag 31. Oktober 2011 statt. Das Ergebnis der von der Bundesanstalt Statistik Österreich durchgeführten Volkszählung 2011 wurde von der Bundesministerin für Inneres am 24. Juni 2013 mit BGBl. II Nr.181/2013 kundgemacht. Bezüglich der vorgeschriebenen Mandatsanzahl tritt also gegenüber der Gemeinderatswahl im Jänner 2015 mangels neuer Großzählung, die erst für 2021 gesetzlich vorgesehen ist, keine Änderung ein. Die Zahl der Wohnbevölkerung in den Gemeinden wird also auch für die Gemeinderatswahl 2020 nach der Volkszählung 2011 (kundgemacht 2013) bestimmt, welche für die Berechnung der Mandate zugrunde zu legen ist.

Auch die Anzahl der Mitglieder des Gemeindevorstandes nach § 24 Absatz 1 NÖ Gemeindeordnung hängt von der Hauptwohnsitzerzahl in einer Gemeinde ab. Wie bei den Mitgliedern des Gemeinderates ist hier ebenso die Anzahl der Hauptwohnsitzer, die bei der Volkszählung 2011 (kundgemacht 2013) festgestellt wurde, maßgeblich. Und auch hier werden Veränderungen in der Anzahl während der Volkszählungsperiode bis 2021 nicht berücksichtigt, ebenso wenig wie die Anzahl der Zweitwohnsitzer.

Hauptwohnsitz auch als Bestellungs-voraussetzung für Ortsvorsteher

Der Gemeinderat kann den Verwaltungssprengel des Gemeindegebietes unterteilen (Ortsteile), wenn dies aus geographischen oder wirtschaftlichen Gründen zweckmäßig und im Interesse der Raschheit, Einfachheit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung gelegen ist. Für jeden Ortsteil kann er dabei auf Vorschlag des Bürgermeisters einen Ortsvorsteher auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeindevorstandes bestellen. Es können nur Gemeindevorstandsmitglieder bestellt werden, die das passive Wahlrecht zum Gemeinderat besitzen und ihren Hauptwohnsitz gemäß dem Meldegesetz in dem Ortsteil haben, für den sie bestellt werden sollen. Nach Möglichkeit ist ein im betreffenden Ortsteil wohnhafter Gemeinderat zu bestellen. Der Ortsvorsteher kann vom Gemeinderat auf Vorschlag des Bürgermeisters abberufen werden. Die Ortsvorsteher haben die örtlichen Geschäfte, die ihnen der Bürgermeister zuteilt, unter der Verantwortung des Bürgermeisters, in seinem Auftrag und nach seinen Weisungen zu besorgen; sie sind ihm für die ordnungsgemäße Besorgung verantwortlich.



von Mag. Christoph Hohenecker
Merkur Treuhand Steuerberatung GmbH
www.merkurtreuhand.at

Steuerliche Begünstigungen bei Weihnachtsgeschenken und Weihnachtsfeiern

Die Vorweihnachtszeit nähert sich in Riesenschritten. Bald werden die Weihnachtsfeiern stattfinden und viele Arbeitnehmer werden Weihnachtsgeschenke von ihren Arbeitgebern erhalten. In diesem Artikel wird die steuerliche Behandlung dieser Weihnachtsgeschenke und Weihnachtsfeiern dargestellt.

Vorab ist klarzustellen, dass Weihnachtsgeschenke an Partner, Familienmitglieder, Freunde etc. keine steuerlich abzugsfähigen Betriebsausgaben oder Werbungskosten darstellen. Sie können auch nicht als Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen steuerlich angesetzt werden.

Der Lohnsteuer unterliegen nicht nur Geldleistungen, sondern grundsätzlich alle geldwerten Vorteile (also auch Naturalleistungen, Sachbezüge), die Arbeitnehmer vom Arbeitgeber erhalten. Bestimmte Sachbezüge sind allerdings unter gewissen Voraussetzungen steuerfrei. Weihnachtsfeiern und Weihnachtsgeschenke sind im österreichischen Steuerrecht nicht explizit geregelt, sie fallen unter die steuerlichen Begünstigungen bei Teilnahme an Betriebsveranstaltungen und hierbei empfangene Sachzuwendungen.

Steuerbegünstigung für Betriebsveranstaltungen und hierbei erhaltene Sachzuwendungen

Der Vorteil aus der Teilnahme an Betriebsveranstaltungen (zB Betriebsausflüge, kulturelle Veranstaltungen, Betriebsfeiern) ist bis zu einem Betrag von höchstens € 365 jährlich steuerfrei und beitragsfrei in der Sozialversicherung.

Für hierbei empfangene Sachzuwendungen können zusätzlich € 186 jährlich steuerfrei und beitragsfrei bleiben. Weiters sind aus Anlass eines Dienst- oder Firmenjubiläums empfangene Sachzuwendungen bis zu einer Höhe von € 186 jährlich steuer- und beitragsfrei.

Nur Sachzuwendungen sind steuerfrei, Geldzuwendungen sind hingegen grundsätzlich steuerpflichtig. Grundsätzlich sind nur solche Geschenke begünstigt, die nicht in Bargeld abgelöst werden können. Zu den Sachzuwendungen gehören zB Autobahnvignetten sowie Gutscheine und Geschenkmünzen, die nicht in Bargeld abgelöst werden können. Auch Goldmünzen bzw. Golddukaten, bei denen der Goldwert im Vordergrund steht, können nach Auffassung der Finanzverwaltung als Sachzuwendungen anerkannt werden.

Bei der Sachzuwendung darf sich um keine individuelle Entlohnung handeln (zB Belohnung für eine gute Arbeitsleistung, Geburtstagsgeschenk, Geschenk anlässlich der Eheschließung oder der Geburt eines Kindes). Ob es sich um eine generelle Zuwendung an alle Mitarbeiter handeln muss, ist in der Literatur strittig. Jedenfalls muss ein

größerer Personenkreis im Unternehmen erfasst sein.

Die Abhaltung einer besonderen Betriebsfeier ist nicht Voraussetzung dafür, dass Sachzuwendungen steuerfrei sind. Auch ohne besondere Betriebsfeier wird zB die Verteilung von Weihnachtsgeschenken als Betriebsveranstaltung anzusehen sein. Es genügt bereits, wenn die Übergabe der Geschenke der eigentliche Anlass und Inhalt der Veranstaltung ist.

Werden die jeweiligen Freibeträge überschritten, wird der übersteigende geldwerte Vorteil als Sachbezug im Rahmen der Lohnverrechnung versteuert.

Beispiel:

Vor Ostern erhalten alle Arbeitnehmer nicht in Geld ablösbare Warengutscheine im Wert von € 50, die vom Arbeitgeber – ohne besondere Veranstaltung – an die einzelnen Arbeitnehmer verteilt werden. Im selben Jahr erhalten alle Arbeitnehmer im Rahmen der Weihnachtsfeier (geldwerter Vorteil der Feier: € 100) ein Weihnachtsgeschenk in Form von Goldmünzen im Wert von jeweils € 180. Außer der Weihnachtsfeier findet in diesem Kalenderjahr keine Betriebsveranstaltung statt.

Der Warengutschein ist steuerfrei. Dass keine besondere Betriebs-

feier abgehalten wird ist nicht schädlich. Von der Finanzverwaltung wird auch die Verteilung von Geschenken als Betriebsveranstaltung angesehen. Von der Goldmünze im Wert von € 150 kann die Differenz auf den Jahreshöchstbetrag von € 186 (also € 136) steuerfrei behandelt werden, die restlichen € 14 stellen einen steuerpflichtigen Sachbezug dar. Die Weihnachtsfeier ist nicht steuerpflichtig, da der Höchstbetrag von € 365 jährlich bei Betriebsveranstaltungen nicht überschritten wird.

Jedenfalls wenn in einem Kalenderjahr aufgrund der Anzahl der Veranstaltungen mit dem Überschreiten des steuerfreien Höchstbetrages gerechnet wird, sind nach Auffassung der Finanzverwaltung vom Arbeitgeber Teilnehmerverzeichnisse der an den jeweiligen Betriebsveranstaltungen teilgenommenen Arbeitnehmer zu führen. Der Arbeitgeber muss aber nicht die von den einzelnen Arbeitnehmern konsumierten Speisen und Getränke aufzeichnen. Die bei den einzelnen Betriebsveranstaltungen entstandenen Kosten sind auf die teilnehmenden Arbeitnehmer anteilig aufzuteilen. Eine pauschale Versteuerung des den Höchstbetrag übersteigenden Betrages durch den Arbeitgeber bei allen Arbeitnehmern ist nicht zulässig. Ein Überschreitung des Freibetrages beim einzelnen Arbeitnehmer wird in der Praxis vor allem dann vorkommen, wenn neben typischen Betriebsveranstaltungen wie beispielsweise einer Weihnachtsfeier auch betriebliche Reisen stattfinden.

Betriebsausgabenabzug beim Unternehmer

Die Weihnachtsgeschenke an die Mitarbeiter stellen beim Unternehmer eine steuerlich absetzbare Betriebsausgabe (freiwilliger Sozialaufwand) dar.



Umsatzsteuerpflicht bei Weihnachtsgeschenken an Mitarbeiter

Weihnachtsgeschenke an Mitarbeiter unterliegen grundsätzlich der Umsatzsteuer, wenn sie ganz oder teilweise zum Vorsteuerabzug berechtigt haben. Ausgenommen sind lediglich keine Aufmerksamkeiten (wie zB Getränke, Süßigkeiten). Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer ist der Einkaufspreis bzw. die Selbstkosten.

Exkurs: Steuerliche Abzugsfähigkeit von Weihnachtsgeschenken an Kunden

Weihnachtsgeschenke eines Unternehmers an Kunden und Geschäftspartner sind grundsätzlich nicht als Betriebsausgabe steuerlich absetzbar sondern stellen regelmäßig nicht abzugsfähigen Repräsentationsaufwand dar. Darunter versteht man Aufwendungen oder Ausgaben, die zwar durch den Beruf des Steuerpflichtigen veranlasst sind bzw. im Zusammenhang mit der Erzielung von steuerpflichtigen Einkünften stehen aber auch geeignet sind, das gesellschaftliche Ansehen des Steuerpflichtigen zu fördern. Nicht abzugsfähig sind nach Auffassung der Finanzverwaltung zB grundsätzlich folgende „üblichen“ Geschenke an Kunden und Klien-

ten: Blumen, Handelsmünzen, Schreibutensilien, Rauchwaren, Spirituosen, Bonbonnieren, Bücher, Zeitschriftenabonnements, Ball-, Theater- oder Konzertkarten, Fußballtickets etc.

Abzugsfähig sind jedoch Gegenstände, die aus Gründen der Werbung überlassen werden, wenn sie geeignet sind, eine entsprechende Werbewirksamkeit zu entfalten (zB Kalender, Kugelschreiber und Feuerzeuge mit Firmenaufschrift oder Firmenlogo, wenn es keine exklusiven Produkte sind). Bei diesen Zuwendungen steht nämlich die berufliche Tätigkeit und nicht die Person des Steuerpflichtigen im Vordergrund.

Die umsatzsteuerliche Behandlung von Weihnachtsgeschenken an Kunden ist separat von der einkommensteuerlichen Einstufung zu beurteilen. Geschenke an Kunden sind grundsätzlich umsatzsteuerpflichtig im Rahmen der Eigenverbrauchsbesteuerung, wenn für ihre Anschaffung oder Herstellung Vorsteuern geltend gemacht wurden. Umsatzsteuerfrei sind lediglich Geschenke von geringem Wert und die Abgabe von Warenmustern. Bis € 40 (ohne Umsatzsteuer) ist ein geringer Wert anzunehmen.

Fotos: z.V.g., © Vadyim-stock.adobe.com.



Frohe Weihnachten

&

EIN GUTES NEUES JAHR

wünscht

das Team des Verbandes der sozialdemokratischen GemeindevertreterInnen in NÖ



Fotos: © eblue, © kaktus2536, © Photocreo Becharek, © Stefan Körber, © S.H.exclusiv, © Maksim Pasko - alle stock.adobe.com.

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein Information für sozialdemokratische Gemeinden in NÖ, Hans Czettel Platz 1, 2630 Ternitz

Präsident: Bgm. Rupert Dworak

Geschäftsführer: StR Mag. Ewald Buschenreiter

Redaktion: Europaplatz 5, 1. Stock, 3100 St. Pölten

Chefredaktion: Hellfried Mayer (hmayer@gvvnöe.at)

Fachbeiträge dieser Ausgabe: Mag.^a Sabine Blecha, Mag. Christoph Hohenecker

Anzeigenannahme: Franz Schmucker, 0681 1070 7750, 4fast@kpr.at

Druck: Mangold & Kovac